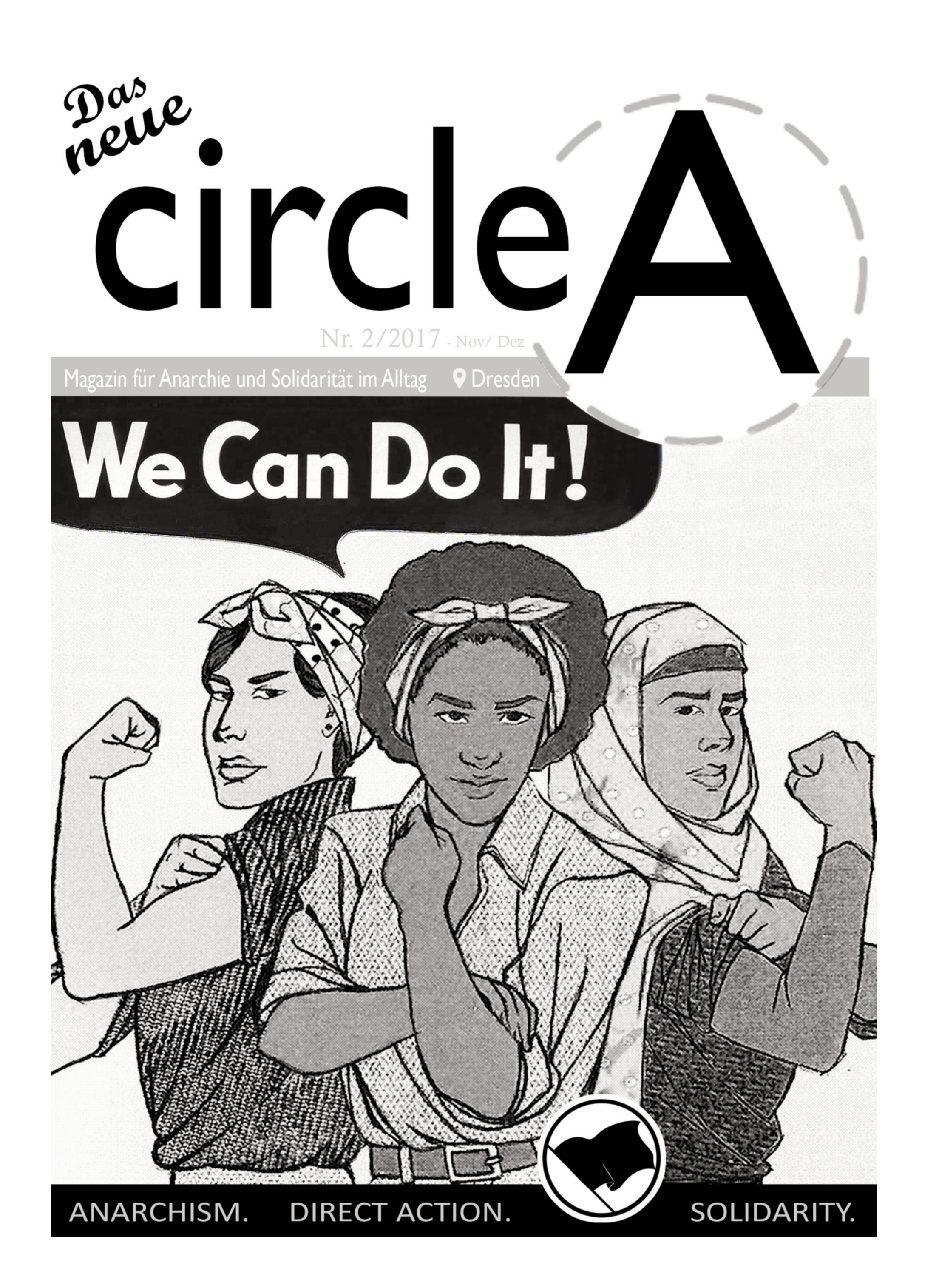


EDITORIAL

Es ist drei Monate her das unser Magazin zum ersten mal erschienen ist. Aufregende Monate um ehrlich zu sein, da wir nicht mit so viel positivem Feedback gerechnet haben. Die größte Überraschung für uns war die Stärke der Auflage die wir verteilt haben. An einigen Orten war das Magazin in wenigen Stunden vergriffen! Also erzählt uns nicht, das Leute hier in der Stadt nicht an anarchistischen Ideen interessiert sind. Mit all diesen Reaktionen sind wir voll motiviert und wir werden fleißig weiter schreiben, drucken, verteilen und die Stadt rocken.

Mit viel drücken und schieben haben wir diese Ausgabe fast im Rahmen der Deadlines geschafft. Warum nur fast! Naja wir alle haben parallel zu diesem Projekt auch noch ein normales Leben, und wir sind keine echten Journalist*innen, die Geld dafür bekommen. Unser Magazin wird nicht an teuren Maschinen in schicken Büros hergestellt - wir schreiben unsere Texte in unseren Wohnungen und Häusern, manchmal auch im Park. Schau dich mal um, siehst du die Person, die da sitz mit Stift und Zettel? Der Mensch schreibt vielleicht gerade einen Text für das nächste Circle-A! Was wir versuchen zu sagen ist, dass wir einfache Leute sind wie du und ich, nicht professionell. Vielleicht findest du deshalb auf unseren Seiten Texte und Gedanken, die selten in einem offiziellen Magazin stehen würden. Wir sind die Stimme der Leute von der Strasse und wollen das auch bleiben. Wenn du Lust hast mitzumachen, dann musst du dich nicht bewerben um mitzuarbeiten, es gibt kein Gehalt und keine Trainings. Du schreibst uns einfach deine Gedanken, Ideen, Probleme und sie werden im nächsten Magazin erscheinen.

In den vergangenen Monaten wurde das wichtige Internetprojekt *Indymedia. linksunten* verboten. Ein Projekt, das wichtig war, um diese Welt in einen besseren Ort zu verwandeln. Ein Ort, wo Menschen, die protestieren und kämpfen eine Stimme haben um ihre Perspektive darstellen zu können, von dem was sie tun. Nicht die Polizei oder Politiker*innen, die in den Mainstreammedien ihre Positionen verkünden. Das Projekt wurde dicht gemacht, weil es Menschen eine Stimme gab. Wir möchten mit unserem Projekt Menschen weiterhin eine Stimme geben.

Auf Grund aktueller Repression ist das Magazin voll mit Themen, die damit verbunden sind. Wir stellen euch einige Gruppen vor, die sich mit diesen Problemen auseinandersetzten. Neuigkeiten, die leider selten positiv sind. Außerdem wird es Artikel zu aktuellen sozialen Problemen in Dresden geben und es gibt Neuigkeiten beim Arbeitskampf von Amazon. Und natürlich jede Menge mehr spannende und interessante Themen.

Außerdem haben wir für diese Ausgabe entschieden, dass es kein Poster geben wird. Aber wir versprechen, dass es zurück kommt. Aber da das Neue Jahr vor der Tür steht sowie andere Feiertage, möchten wir euch liebe Leser*innen anregen einen Brief zu schreiben an Menschen, die im Knast sitzen. Ja genau an Leute, die im Knast sind! Dieser dunkle repressive Ort, der das Leben unserer Freund*innen und Mitkämpfer*innen zerstört. Um es euch einfacher zu machen, wird es in jeden Circle-A dieser Ausgabe Postkarten geben, die ihr nur noch schreiben und absenden müsst. Die Adressen haben wir bereits drauf geschrieben, so dass ihr danach nicht suchen müsst. Schreibt einfach ein paar sonnige Worte, an diejenigen, die die Sonne nicht so oft sehen können wie wir!

Die Deadline für die nächste Ausgabe hat sich ein bisschen verändert. Wir wollen die nächste Ausgabe bereits im Januar machen und verschieben deshalb alles ein wenig, damit die Ausgaben für ein Jahr besser in den drei-monatlichen Rhythmus passen. Also sendet uns eure Texte an circle-a@systemli.org bis zum 15. Dezember. Für Infos zu der nächsten Release-Party und ältere Ausgaben von Circle-A schaut einfach auf https://and.notraces.net.

Wir hoffen euch gefällt die neue Ausgabe!

MIT SOLIDARITÄT UND LIEBE





DISCLAIMER

Das Redaktionskollektiv von Circle A hat den Anspruch die anarchistische Bewegung in ihrer Vielfalt und facettenreichen Bandbreite darzustellen. Dabei sollen verschiedene Stimmen gehört werden und in ein von solidarischer Kritik geprägtes Verhältnis zueinander gesetzt werden. Die Beiträge werden anonym zugesendet und darin getroffene Äußerungen entsprechen nicht zwangsläufig der Meinung des Redaktionskollektivs. Für die Inhalte der Texte sind die jeweiligen Autor*innen verantwortlich.

INHALTS-VERZEICHNIS





Wir kümmern uns drum

Die Befriedung als Tod des widerständigen Viertels

Seit September hat die Dresdner Neustadt, als erstes uns bekanntes Viertel eine „Küm-merer*in“. Die Mitarbeiterin des Neustädter Ortsamtes soll, wie es heißt: *„Die Zusammenarbeit mit sozialen Einrichtungen stärken, Ansprechpartner*in für Vereine und Akteur*innen sein, Interessen und Aktivitäten der lokalen Akteur*innen und Bewohner*innen Koordinieren und Verknüpfen, vermitteln im Quartier, zur Konfliktminderung bei der Nutzung des urbanen Raums beitragen, Projekte initiieren und begleiten, moderieren und Öffentlich-keitsarbeit leisten.“* (Aufgabenprofil des Stadtrates)

Soweit, so unverfänglich. Doch welche Absicht steht hinter der Einrichtung dieser Stelle? Welchen stadtpolitischen Kontext hat diese Maßnahme und in welcher Verbindung steht sie zu inhaltlichen Dimension, nämlich der Frage „Wem gehört die Stadt?“
So nebulös, wie das Aufgabenprofil der neuen Mitarbeiter*in formuliert ist, könnte man die Stelle für eine Art Sozialarbeitsstelle für den Stadtteil halten. Es liegt der Schluss nahe, dass dieser Eindruck nicht ganz unberechtigt ist. Dabei stellt sich allerdings die Frage nach dem Bedarf nach einer solchen Position, kennt man das Konzept der Sozialen Arbeit aus staat-licher Feder doch eher zur Bewältigung von Gewalt- und „Kriminalitäts“-Problemen, zur Lösung sozialer Spannungen und zur Entlastung von Konflikten in Familien und anderen Soziotopen. Was ist die Problemstellung, zu deren Lösung Manuela Möser, die neue „Küm-merer*in“ beauftragt ist?

Rückblende – 1989/90

Die staatlichen Strukturen der DDR liegen in Auflösung. Niemand nimmt die Volkspolizei und den Staat als Machtfaktor mehr so recht ernst. Überall im Viertel werden Häuser und Brach-

flächen besetzt. Transparente hängen aus den Fenstern, Wände sind bemalt und der pulsierende alternative Stadtteil ruft die „Bunte Republik Neustadt“ aus. Veränderung liegt in der Luft und man könnte glauben, dass sich mit dem autoritär-sozialistischen Staat, nunmehr die staatliche Gewalt an sich im Begriff ist, sich in Wohlgefallen aufzulösen… Soweit die verklärte Erinnerung, die dem romantischen Mythos „Neustadt“ noch heute inne wohnt.
Nur entspricht diese Wahrnehmung von Beginn an nur eingeschränkt der Realität (wer sich hiermit beschäftigen möchte, dem sei der Film „Auf der Suche nach der verlorenen Stadt“ von Thomas Claus ans Herz gelegt.) – Nun ist seitdem aber vor Allem viel passiert und das Viertel hat sich stark verändert. Viele der Brachen sind Supermärkten, schicken Neubauten und Parkplätzen gewichen. Die Hoffnungsvollen von gestern sind heute vielerorts Akademiker*innen mit Kinderwägen, schicken Wohnungen und Volvos geworden und das Viertel hat sich von der vermeintlich alternativen, kritischen und kämpferischen Oase, zu einem Kneipen- und Vergnügungsviertel entwickelt. Keine 2 Meter kann man mehr laufen ohne eine Kneipe oder ein Kaffee zu passieren und aus dem Viertel, vor dem uns unsere Eltern gewarnt haben und in das sich Taxifahrer*innen weigerten zu fahren, ist der Stadtteil geworden, in dem die ganze Stadt ihren Freitag- und Samstagabend verbringt.

„Problem“-Kiez

Warum dieser historische Rückgriff? Nicht alles, was mit dem „Mythos Neustadt“ zusammenhängt, was von ihm übrig geblieben oder ihm nachträglich einprojiziert wurde, ist der Spielwiese des Sauftourismus gewichen. Das eine oder andere Hausprojekt, einige Infocafés, Umsonstläden und andere Institutionen sind übrig geblieben und nach wie vor wohnen viele Menschen in dem Stadtteil, die auf weite Teile des gesellschaftlichen Normalzustandes keinen Bock haben. Immer noch gibt es Nazis und andere Menschenfeinde, die sich in diesem Viertel zumindest zweimal überlegen, welche Szeneklamotten sie hier tragen können, was sie sagen und tun und nicht zuletzt zieht auch der Partybetrieb allerlei Menschen an, die (vorsichtig ausgedrückt) ihre Vorbehalte gegen den Konsens der Gesetzestreue haben.
All das ist der Vermarktung des, wie es in Immobilienanzeigen nicht selten heißt, „pulsierenden Kneipen- und Szeneviertels“ nicht unbedingt zuträglich. Feiert sich nicht ganz so unbeschwert, wenn man zumindest glaubt darauf achten zu müssen, für seinen Thor-Steinar-Pulli nicht doch mal Bekanntschaft mit antifaschistischen Selbstverteidigungsstrategien machen zu müssen. Man kann sich nicht so leicht zur Bestätigung der eigenen Männlichkeit und alkoholischen Leistungsfähigkeit bis zu Besinnungslosigkeit betrinken, wenn man vermeintlich befürchten muss, im nach Hause taumeln, möglicherweise um Bargeld und Mobiltelefon erleichtert zu werden zu können. Und auch cornernde Menschen, jene von denen man seine Partydrogen kauft und viele Andere passen nicht so recht in das Bild, des „pulsierenden aber familienfreundlichen Szeneviertels“. Kurzum: So ganz restlos lässt sich der leicht anrüchige Ruf eines solchen Stadtteiles eben doch nicht verwerten und so ergeben sich genau die Konflikte, die Manuela Möser nun „mindern“ soll.

In diesem Bewusstsein lesen sich auch andere Teile ihres Aufgabenprofiles gleich ein Wenig anders. So stellt sich doch die Frage, wie genau die „Nutzung des urbanen Raumes“ aussehen soll, die sie zu befördern berufen ist. Wer sind die beschworenen „Akteure“, was die „Projekte“? Insbesondere in Kombination mit einer weiteren, neu geschaffenen Position im Ortsamt, einer Mitarbeiter*in, die für die „Bespielung“ des Scheunevorplatzes zuständig sein soll, drängt sich allmählich ein Eindruck auf, worum es hier eigentlich gehen soll:
Es sollen Aspekte öffentlichen Lebens, die nicht in den Marketing-Pitch passen, den sich die Stadtverwaltung für dieses Viertel überlegt hat, aus dem Zentrum des öffentlichen Lebens heraus gedrängt werden. Armut, Drogen und Kriminalität sollen nicht produktiv bearbeitet, sondern in andere Gegenden verlagert werden. Selbstorganisation, Ungehorsam, Unabhängigkeit, Unangepasstheit und Widerstand sollen einverleibt werden, in das Konzept des Szeneviertels und sollte das nicht funktionieren, dann gibt es ja immer noch die Keule der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung“. Halten sich beispielsweise Menschen, zur gemeinsamen Abendgestaltung, unautorisiert, am sogenannten Krawall-Eck auf und leisten den Anweisungen von Polizeibediensteten nicht umgehend Folge, dann kann es schon mal passieren, dass eine halbe Hundertschaft Bereitschaftspolizei mit Hunden ausrückt, die komplette Kreuzung abriegelt und jede einzelne anwesende Person des Platzes verweist. Schließlich entscheidet der Staat, wo du sitzen und trinken darfst. Also gehorche – Konsument! (Wofür haben wir sonst die vielen schönen Kneipen angesiedelt, in überall dieselben Drinks serviert, dieselbe Musik gespielt und dieselben Preise verlangt werden?)

Befriedung – Kontrolle – Verwertung

Die große Stärke des „Kümmerer*innen“-Konzeptes ist es, dass all diese Bevormundung so herrlich sozialarbeiterisch daherkommt. Da wird eine Manager*in des Ortsamtes schnell zu einer, über uns alle wachenden, elterlichen Figur, deren größte Sorge allein das Wohl der Anwohner*innen und des Stadtteiles ist. Das perfide an dieser Strategie aber ist, dass sie wie zufällig, das Interesse um die Vermarktung unseres Kiezes als Spielwiese des Sauftourismus, das Interesse an der Ökonomisierung des Wohn- und Lebensraumes zu unser aller ureigenem Interesse stilisiert. Sie schafft ganz nebenbei nicht nur Sympathie und Akzeptanz für die eigene Bevormundung zu schaffen, sie wirbt (vermutlich leider mit Erfolg) um jene Blockward-Mentalität, die wie wir wissen grade in Deutschland ohnehin nicht schwer zu mobilisieren ist, indem sie Bewohner*innen dazu einlädt, ja es geradezu zu deren Pflicht erklärt, sich an der angeblichen „Konfliktminderung“ zu beteiligen. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, dass Anwohner*innen nur allzu bereit sein werden, dem Ortsamt auf diese Weise zu helfen, alles aus dem Stadtteil zu drängen, was nicht ins Bild der sauberen, sicheren und schicken Neustadt passt. Haben doch schon heute viel zu viele die Vorstellung verinnerlicht, dass es beispielsweise die Sprayer*innen sind, die für Nebenkostenerhöhungen verantwortlich sind, nicht etwa jene, die Graffiti so schnell wie möglich wieder entfernt wissen wollen. Denn scheinbar ist es unglaublich ausschlaggebend für die Lebensqualität von Hausbewohner*innen, wie die Außenseite jener Häuser bemalt ist.

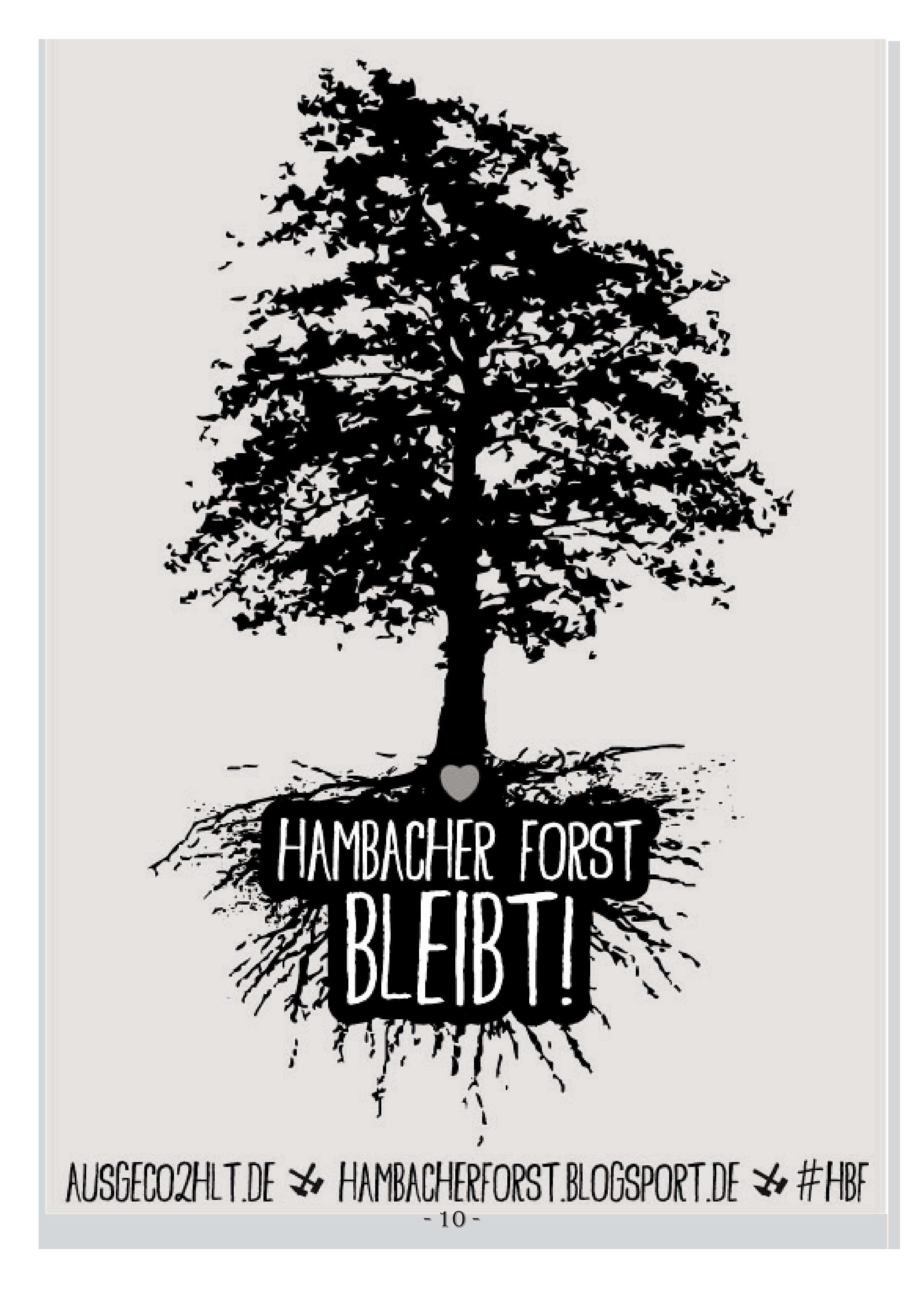
So ist gerade die vermeintlich versöhnliche Tour der „kümmernden" Fürsorge der Weg zur vollständigen Demobilisierung und Entwaffnung rebellischer Kieze, zur Befriedung der widerständigen Viertel, die es Staat und Kapital ermöglichen, diese nicht nur für die Verwertung nutzbar zu machen, sondern ihren vormalig widerständigen Charakter auch noch in eben diese Verwertung einzubeziehen und somit sogar den Widerstand gegen sich selbst gewinnbringend zu vermarkten.

Voraussetzung hierfür ist aber, dass selbige Kieze dies auch mit sich geschehen lassen. Wollen wir dieser Verwertungskette und den, ihr innewohnenden Fallen entfliehen, dann muss unsere Antwort die radikale Ablehnung, der grundlegende Bruch mit den verwaltenden Strukturen sein. Die Botschaft muss lauten: Wir lassen uns nicht verwalten, egal wie ihr diesen Vorgang nennt. Wir sind nicht daran interessiert, uns in eure verlogenen Prozesse einbinden zu lassen und wir brauchen niemanden, der/die sich um uns kümmert.

Nicht zuletzt braucht aber auch diese Kritik eine breitere Basis, als sie eine klandestine und abgeschlossene „Szene" bieten kann. Wenn kurz vor seiner Eröffnung das neue Büro der „Neustadt-Kümmerer*in" mit kritischen Graffiti versehen wird, dann ist dies zwar grundlegend begrüßenswert. Wenn dann aber, vermeintlich subkulturelle Szenen, wie etwa die Graffiti-Szene prompt in den Kanon der reaktionären Beschimpfung über angebliche „Schmierereien" einstimmt, dann muss uns dies zeigen, dass unsere Kritik offenbar keine nennenswerte Öffentlichkeit gefunden hat.
Wollen wir diese Marginalisierung durchbrechen, dann müssen wir uns über die Mittel der Subversivität hinausbewegen. Was nützt uns, selbst effektive Sabotage, wenn eben jene Strategien der Demobilisierung und Einbeziehung in Verdrängung, die hier von staatlicher Seite verfolgt werden, trotzallem genau die Menschen erreichen, die eigentlich auf unserer Seite im Kampf gegen diese stehen müssten. Unsere Aufgabe muss es sein, unsere Kritik zu vermitteln, staatliche Einmischung zu demaskieren und ihre Strukturen anzugreifen. Grade jetzt ist es wichtig, uns und allen Bewohner*innen der rebellischen Kieze zu zeigen, dass wir keinen Staat brauchen, der sich in unsere Angelegenheiten einmischt. Die gute Nachricht ist, dass grade die Stadtteile, die jetzt von diesen Maßnahmen betroffen sind, sehr wohl über die Erfahrung verfügen müssten, dass das Leben ohne den Staat durchaus angenehmer sein kann, dass Selbstorganisierung funktioniert, was Selbstverwaltung bedeutet, was Freiheit bedeutet.

Wir lassen uns nicht verdrängen –

Die Neustadt kümmert sich selbst!



Baum für Baum, Meter für Meter

DIE RÄUMUNG DES HAMBACHER FORSTES SO TEUER WIE MÖGLICH MACHEN

Am 21.11.2017 wird das Urteil des Verwaltungsgerichtes Köln zur möglichen Räumung und Rodung des ältesten Teiles des Hambacher Forstes erwartet. Besonders spannend wird dieser Tag wohl aber freilich nicht. Beobachter*innen gehen davon aus, dass das Gericht zu Gunsten des Energieriesen RWE und der Landesregierung NRWs entscheiden und die Räumung, aller verbliebener Baumhäuser und die Rodung des Waldstückes genehmigen wird. Betrachtet man die Dynamik dieser Auseinandersetzung in der Vergangenheit, dann wird man davon ausgehen müssen, dass selbige noch am gleichen Tag und mit aller Gewalt beginnen wird.

Wollen wir effektiven Widerstand dagegen leisten, dann ist jetzt die Zeit, sich zu organisieren.
Auf dem Blog des Forstes heißt es dazu:

*„Der Wind weht weiter und trägt mit sich die Samen des Widerstandes. Es ist an uns sicherzustellen, dass die zum Blühen kommen. Egal wo ihr seid, bereitet euch jetzt darauf vor, Mitte November in den Wald zu kommen. Tragt euch in den SMS-Räumungsverteiler ein. Informiert eure Freund*innen und Verbündete.“*

RWE, die Landesregierung und alle, die von dem rücksichtslosen Raubbau an natürlichen Ressourcen profitieren, tun dies in einer Logik von Kosten und Nutzen, in einer Logik der kapitalistischen Verwertung. Eben diese Logik muss unser Ansatzpunkt für den Widerstand gegen die Rodung sein.
Wir haben die Gelegenheit, diese Räumung so teuer zu machen, wie es nur geht. Jede Minute des erfolgreichen Widersetzens, jeder verteidigte Baum sorgt dafür, dass die Kosten-Nutzen-Gleichung von RWE ein weiteres Stück kippt.

Lasst uns RWE und allen Profiteuren klar machen: Verwertung und die Durchsetzung eurer Interessen gibt es nicht umsonst. Nein – sie sind noch nicht einmal billig. Jeder Firmensitz eures Konzernes und jede Werbefläche mit eurem Logo, alle eure Partner*innen in Politik und Wirtschaft sind mögliche Adressat*innen unseres Widerstandes. Wenn ihr die Baumhäuser und den Wald anfasst, dann seid euch klar: Das wird nicht billig!

Am 21.11., immer und überall: Widerstand leisten! RWE einheizen! Energiekonzerne zerschlagen! Kapitalismus überwinden!

Menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundrecht – kein Privileg!

Anfang September gab die Stadt Dresden bekannt, dass ein neues Wohnheim für 51 wohnungslose Menschen in Dresden im Sommer 2018 eröffnet werden soll. Menschen sollen ein neues Zuhause erhalten und „ihren Alltag möglichst selbstbestimmt gestalten können"(1), so Dr. Kristin Klaudia Kaufmann von der Partei "Die Linken" in ihrer Pressemitteilung. Die Bedürfnislage hat sich in den letzten 5 Jahren laut der Stadt um 20 Prozent erhöht.(2) Es ist also gut, dass die Stadt sich für soziale Belange einsetzt. Doch bei näherer Betrachtung stellt sich die neue Unterkunft in einem anderen Licht dar.

Die Unterkunft soll in dem Objekt Zur Wetterwarte 34 eröffnet werden. Früher Außenstelle des Gymnasium Dresden Klotzsche, danach als Unterkunft für Asylsuchende geplant, allerdings nie eröffnet. Laut Stadt gab es keinen Bedarf mehr. Die Klotzscher Bürger*innen waren allerdings seiner Zeit mit eine der Ersten die mit rassistischen Parolen auf die Straße gingen um die Eröffnung zu verhindern.(3) Kaufmann führt an, dass es früher als Lazarett genutzt wurde. Damit soll also suggeriert werden, dass der Ort gut geeignet ist.

Das ehemalige Lazarett liegt inmitten eines alten Militärgeländes angrenzend an den Flughafen in Dresden-Klotzsche am Rande der Stadt. Seit dem Beginn der 1990er Jahre haben sich dort Behörden und Unternehmen angesiedelt. Kaufmann argumentiert in der Pressemitteilung, dass die dezentrale Lage gut geeignet ist. Wenn sie damit meint, dass die Unterkunft in einem ruhigen mit Bäumen umgeben Gebiet liegt, dann ist das vielleicht zutreffend. Wenn es allerdings um die Frage der Erreichbarkeit, Möglichkeiten der Partizipation und der gewünschten Selbstständigkeit geht, dann ist diese Argumentation an Dreistigkeit kaum zu überbieten. Das Gelände liegt am Ende der Stadt! Öffentliche Verkehrsmöglichkeiten sind mehr oder weniger nah und zudem nicht barrierefrei zu erreichen bzw. die Haltestellen nicht barrierefrei ausgebaut. Die nächste Einkaufmöglichkeit ist mindestens 1,5 km entfernt.
Die Unterkunft soll vor allem Menschen, „bei denen eine Abhängigkeitserkrankung mit chronischer Mehrfachschädigung vermutet wird oder bereits festgestellt wurde"(4) einen neuen Wohnort zur Verfügung stellen. Unter diesen Menschen gibt es verschiedenste Bedürfnisse, unter anderem gibt es Menschen die Gehilfen benötigen oder im Rollstuhl sitzen, oder aufgrund ihres körperlichen Zustandes nicht gut zu Fuß sind. Bisher wohnen die von der Umsiedlung an den Stadtrand betroffenen Menschen relativ zentral in der Stadt, in der einzigen barrierefreien Unterkunft, in direkter Nähe zu Einkaufsmöglichkeiten und öffentlichem Nahverkehr.

Die Umsiedlung an den Stadtrand schließt die Menschen von gesellschaftlicher Partizipation fast vollständig aus und isoliert sie. Dieser Umgang mit unerwünschten Menschen und sozialen Problemen ist Teil unserer Gesellschaft. So werden zum Beispiel Menschen mit Behinderung, Obdachlose oder Asylsuchende an bestimmten Orten konzentriert und vom Rest der Gesellschaft separiert. Menschen werden in Heime gesteckt, weg verwaltet und so von der Gesellschaft ausgegrenzt und vor ihr versteckt. Gruppen von Menschen, die nicht ins Bild gewünschter gesellschaftlicher Normalität passen werden so strukturell ausgegrenzt.

So ist es für wohnungslose Menschen im Rollstuhl zum Beispiel sehr schwierig aus den Übergangunterkünften für wohnungslose Menschen auszuziehen, da es kaum barrierefreie Wohnungen in Dresden gibt. Der soziale Wohnungsbau, der barrierefreies Wohnen umfasst wurde in Dresden in den letzten Jahren mehr oder weniger eingestellt. Zudem werden barrierefreie Standards im Wohnungsbau kaum realisiert. Da unter dem Begriff Barrierefreit sowohl altersgerechtes also auch rollstuhlgerechtes Wohnen gefasst wird, dies allerdings unterschiedliche Anforderungen hat, werden oft nur barrierearme Wohnungen gebaut. Das Problem ist also schon ganz grundlegend und strukturell angelegt. Hinzu kommt, dass die Arbeitsweise der Ämter oft sehr langsam sind und die Wohnungen oft vergeben sind bevor das Amt die Zustimmung dafür gibt.

Doch wenn Menschen in unserer Gesellschaft nicht sichtbar sind, weil sie ausgegrenzt und versteckt werden, dann sind auch ihre Rechte nicht sichtbar und präsent auf der Straße.

Um gegen diese diskriminierenden Zustände und die Umsiedlung von wohnungslosen Menschen an den Rand der Stadt durch die Stadt Dresden zu protestieren, wird es am **Donnerstag, den 14.12.2017 von 15.30 bis 1:00 Uhr** eine Kundgebung unter dem Motto, **Menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundrecht – kein Privileg!** vor dem Rathaus zur Stadtratssitzung geben. Ihr seid alle herzlich eingeladen um zu unterstützen. Ab 16 Uhr gibt es warmes Essen und Tee. Außerdem sollen Spenden an Bedürftige verteilt werden. Wenn ihr also warme Wintersachen, Schuhe, Schlafsäcke und Kinderspielzeug habt könnt ihr das gerne ab 14 Uhr vorbeibringen. Wichtig! Bitte nur Sachen in gutem Zustand und frisch gewaschen mitbringen. Alles andere wird nicht angenommen.

---

(1) http://www.dresden.de/de/rathaus/aktuelles/pressemitteilungen/2017/09/pm_036.php
(2) http://www.dresden.de/de/rathaus/aktuelles/pressemitteilungen/2017/09/pm_036.php
(3) https://naziwatchdd.noblogs.org/post/2014/11/14/der-mob-wachst/
(4) http://www.dresden.de/de/rathaus/aktuelles/pressemitteilungen/2017/09/pm_036.php

SOLI-DARI-TÄT



Die Geschehnisse rund um den G20-Gipfel in Hamburg haben eine neue Welle der Repression, vor Allem aber der Angst vor Repression losgetreten. Riesige Sonderkommisionen ermitteln, es werden „Beweise“ ausgewertet und um Denunziation geworben.
Doch das Thema staatlicher Gewalt und Einschüchterung ist nicht neu. Überall und jeden Tag sind wir mit systemischen Bedrohungen konfrontiert: Ausweiskontrollen, Kameras, Identitätsfeststellungen, Hausdurchsuchungen und vieles mehr, sollen uns das Gefühl vermitteln, dass unsere politische Opposition uns jederzeit einen Aufenthalt hinter Gittern, einen Schlag ins Gesicht oder Handschellen um unsere Gelenke bescheren können. Dieses Verhalten des Staates ist nicht neu und wirkt in anderen Regionen noch viel stärker und bedrohlicher.

Das Ziel dieser Bedrohung ist die Angst vor ihr selbst, viel mehr als das Ermittlungsergebnis. Wir sollen uns fürchten, vor der Strafe, die uns dafür ereilen könnte, dass wir aufbegehren gegen den allumfassenden Gehorsam, den uns Staat und Verwertungslogik abverlangen und viel zu oft gelingt genau das. Viel zu oft, ziehen Menschen sich aus den gemeinsamen Kämpfen zurück, fürchten sich vor der eigenen Militanz, trauen sich nicht mehr, zu tun, was sie für richtig halten oder geraten tatsächlich in die Mühlen von Knast und Strafe.

Unsere Waffe dagegen kann nur unsere Solidarität sein. Sie kann uns helfen, uns gegenseitig über erlittene Strafen hinweg zu helfen. Wir können die Vereinzelung überwinden, die uns die Repression aufzuerlegen versucht, uns gegenseitig ermutigen, anfachen, inspirieren und uns am Ende gegenseitig zeigen, dass sie die Macht über uns nicht haben, die sie uns einreden wollen.

Wie das funktionieren kann, wie ihr euch organisieren könnt und wie ihr mit eurer Angst und eurer Wut umgehen könnt, wie wir uns gegenseitig unterstützen können im Kampf gegen die Repression, soll der Gegenstand dieser Rubrik sein.

Der Tod von Santiago Maldonado

Der Kampf der Mapuche um ihr Land

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts annektierten die neu entstandenen Staaten Chile und Argentinien im Rahmen von „Befriedungskampagnen“ das Siedlungsgebiet der Mapuche und anderer indigener Völker beiderseits der Anden. Viele Menschen wurden ermordet, die Übrigen von ihrem Land vertrieben.
In Patagonien schenkte der argentinische Staat dieses Land mehr als 50 englischen Investoren, die meisten mit Sitz in London – um es zu „kolonisieren“. Diese Unternehmen finanzierten die genozide "Eroberung der Wüste" Ende der 1880er Jahre. Bis zu diesem Moment waren die Regionen, Pampas und Patagonien immer noch unabhängige indigene Territorien. Sowohl die Mapuche als auch die Tehuelche hatten sich lange erfolgreich sowohl gegen die spanischen also auch die argentischen und chilenischen Eroberungsversuche gewehrt. Das erklärte Ziel der damaligen militärischen Kampagne war die Ausrottung der Einwohner*innen und die Aneignung des Landes. Die britischen Unternehmen ließen das Land von einer gemeinsamen Gesellschaft verwalten, der Compañía de tierras del Sud Argentino. Nach der Ermordung und Vertreibung der Menschen und der Eroberung des Landes weitete die Compañía ihre Besitztümer stetig aus. Die Überlebenden wurden auf unbedeutendes Territorium vertrieben. Bis auch dieses von Interesse für die Compañía wurde, da zum Beispiel Bergbautätigkeiten ausgedehnt wurden. Dann wurden sie erneut vertrieben, bis sie in den Randgebieten der Städte landeten, wo sie oft in sozial prekären Situationen leben.

Hundert Jahre später kaufte mit Great Western ein argentinischer Konzern die Anteile der Compañía, bis diese schließlich 1991 von der italienischen Modefirma Benetton aufgekauft werden. Insgesamt sind es mehr als 900.000 Hektar, die Benetton in Patagonien besitzt, eine Fläche, in die ganz Zypern passen würde. Der Konzern hält dort an die 280.000 Schafe, die jährlich 1.300.000 kg Wolle erzeugen. Benetton betreibt damit ganz klassischen Landgrabbing, bei dem (meist) ausländische Konzerne große Landflächen aufkaufen oder rauben, und damit die Ernährungssicherheit im jeweiligen Land gefährden sowie die Lebensweise und den Lebensunterhalt von indigenen Gruppen und Kleinbäuer*innen.

Seit Beginn der 2000er fingen die Mapuche an sich ihr Land zurück zu nehmen und gegen Benetton zu kämpfen. Ein kleiner Teil des geraubten Landes in Patagonien wurde von kämpferischen Mapuche-Gemeinschaften ganz praktisch wieder in Besitz genommen. Der Kampf gegen Benetton fand aber auch vor Gericht und in politischen Kampagnen statt.



Seit dem sind diese Gemeinschaften mit harter Repression vom argentinischen Staat konfrontiert. Es gibt ständige Razzien und Angriffe durch die Polizei. Zum Teil gehen die Sicherheitskräfte dabei mit brutaler Gewalt gegen die Einwohner*innen vor und betreiben umfassende Desinformationskampagne, bei der den Mapuche zum Beispiel vorgeworfen wurde, von der kolumbianischen FARC-Guerilla finanziert zu werden.

Eine dieser Gemeinschaften ist Lof Cushamen, die in der Provinz Chubut gelegen ist. Seit der Rücknahme des Landes hatte die Gemeinschaft regelmäßig unter Polizeirazzien und -übergriffen zu leiden. Lof Cushamen setzt die Geschichte des Kampfes um das Land fort. Die Mapuche erklärten ihren Widerstand durch direkte Aktionen. "Der einzige Weg um die staatliche und ökonomische Macht, welche die Ermordung (durch Umweltzerstörung und Ethnozid) plant, zu brechen ist durch die effektive Kontrolle des Territorium durch unsere mobilisierten Gemeinschaften."

Das Verschwinden von Santiago Maldonado

Am 1. August 2017 wurde, durch die Anordnung des Richters Guido Otranto, erneut eine gewaltsame Razzia durchgeführt, um eine Strassenblockade aufzuheben. An diesem 1. August 2017 verschwand Santiago Maldonado während der Razzia und wurde nicht mehr lebend gesehen. Santiago Maldonado war ein argentinischer Anarchist und Tattoo-Künstler, der durch das Land reiste und sich an verschiedenen Projekten und sozialen Bewegungen beteiligte. An diesem 1. August beteiligte er sich an der Straßenblockade außerhalb von Lof Cushamen.
Die Straßenblockade war Teil einer Kampagne, um Druck auszuüben für die Freilassung des Mapuche Gefangenen Facundo Jones Huala. Dieser wurde im Juni erneut verhaftet und wird unter dubiosen Anschuldigungen gefangen gehalten. Die Gendarmerie drang weit hinter die Straßenblockade in das Land der Gemeinschaft vor und schoss sowohl mit Gummigeschossen als auch mit scharfer Munition auf die Menschen.

Zeug*innen sagten aus, dass Santiago der schießenden Polizei nicht entkommen konnte und es nicht geschafft hat den Fluss zu überqueren, da er nicht schwimmen kann. Vielmehr sagen Zeug*innen aus, dass er wurde er von der Gendarmerie in ein Fahrzeug gezwungen wurde.
Die Gendarmerie, gemeinsam mit der Provinz- und Bundesregierung verweigerten danach jegliche Informationen über seinen Verbleib.

Sein Verschwinden wurde weit über die Region Chubut bekannt und wurde sowohl in Argentienien eine große Geschichte in den Medien als auch außerhalb des Landes. Große Demonstrationen in welcher verschiedenste Teile der Linken vereint mit Indigenen Organisationen und Menschenrechtsgruppen demonstrierten, fanden in Argentinien statt.

Die Rolle der aktuellen Regierung Macris beim Verschwinden Santiagos sowie deren Verhalten und Statements in der Presse sorgten für Wut bei den Menschen. Die Ministerin für Sicherheit, Patricia Bullrich, welcher die Gendarmerie unterstellt ist, verweigerte auch nur anzunehmen, das sie irgendwelche Verantwortungen in diesem Fall trägt. Stattdessen hat die Regierung mit einer Medienkampagne versucht von ihrer eigenen Rolle in der Razzia und dem Verschwinden abzulenken und Santiago Maldonado sowie Lof Cushamen zu diskreditieren. Die Medien stellten Santiago Maldonado als gefährlichen, gewaltsamen Mensch dar - als Terroristen. Eine übliche Strategie der Medien um widerständige Mapuche in ihrem Kampf um ihr Land zu stigmatisieren.

Offizielle Stellen veröffentlichten außerdem immer wieder sich widersprechende Aussagen über den Verbleib Santiagos: er wäre bei der Razzia gar nicht anwesend gewesen, er wäre im Fluss ertrunken, er wurde in anderen Provinzen gesehen. Um diese Theorien zu bestätigen, setzte die Regierung sogar eine Belohnung von 500.000 Peso aus, welche im September vervierfacht wurde zu 2 Millionen Peso um Santiago zu finden.
Zusätzlich dazu beschuldigten staatliche Stellen die Familie Santiagos und Lof Cushamen für das Verschwinden Santiagos, anstatt sie zu unterstützen und über die Ermittlungen auf dem Laufenden zu halten. Diese Ermittlungen folgten zudem keinen der Hinweise, die die Zeug*innen von Lof Cushamen gaben, bzw. den Untersuchungen welche die Familie und ihr*e Anwält*in unternahmen. Zusätzlich zu all dem war der leitende Ermittler der selbe Richter - Guido Otranto, der vorhergehende Razzien in Lof Cushamen angeordnet hatte.

Die Praxis des Verschwindenlassen - eine argentinische Tradition

Das Verhalten der Regierung seit dem 1. August 2017 zeigt, dass weder das Verschwinden selbst noch die offiziellen Reaktionen als Fehler oder Zufall zu bewerten sind. Zu viele Aspekte weisen darauf hin, dass der ganze Fall eine erneute schreckliche Demonstration des repressiven argentinischen Staatsapparates ist. So ist es zum Beispiel nicht die erste Razzia gewesen, bei der mit scharfe Munition auf die Mitglieder des Lof Cushamen geschossen wurde.

In der Suchkampagne für Santiago, wurde immer wieder Bezug genommen auf die argentinische Militärjunta von 1976 - 1983, während derer 30.000 Menschen verschwanden. Tatsächlich gab es Versuche seit dem Machtantritt Macris 2015 die Verfahren gegen Verantwortliche der Junta einzustellen, die zuvor unter der Nestor Kirchner Administration eingeleitet wurden.

Außerdem hat die Anwendung von Gewalt - als Mittel argentinischer Demokratie - gegen soziale Bewegungen prinzipiell zugenommen. Zusätzlich dazu ist der Mensch, der den Übergriff am 1. August geplant hat und der während Santiago Maldonados



Obduktion anwesend war, Patricia Bullrich´s Kabinettssekretär Pablo Noceti Anwalt und hat Mitglieder der Junta juristisch verteidigt.

Es wird davon ausgegangen, dass seit 1983 ungefähr 200 Menschen verschwunden sind und mindestens 5000 gefoltert und ermordet wurden in Polizeigewahrsam. Die Mehrheit dieser Fälle passierte während der "progressiven" Kirchner Regierung. Darüber hinaus ist die Praxis des Verschwindenlassen von Menschen, gemeinsam mit anderen Formen des staatlichen Terrors in Konflikten bei denen indigene Menschen involviert sind eine Tradition, deren Ursprünge bis lange vor die Militärjunta zurück reichen.
In den andauernden Kämpfen um indigenes Land in diesem Teil Argentiniens sind viele Mapuche verschwunden. Unter ihnen ein Vater und sein Sohn, Genaro und Cristian Calfullanca, beide Landarbeiter, die im April 2013 verschwanden. Dies passierte kurz bevor sie als Zeugen in einem Fall von illegalem Landverkauf aussagen sollten. Vor dem Hintergrund des starken Rassismus in Argentinien, ist es nicht überraschend, dass ihre Namen kaum bekannt sind.

Es scheint, dass die regierende Klasse in Argentinien nach wie vor die selben Überzeugungen und Interessen schützt. Die Bullrich Familie ist eine der oligarchischen Familien die seit Generationen Einfluss in Argentinien ausübt. Der Historiker Sergio Wischñevsky wies darauf hin, dass ein großer Teil des verschenkten Land in den 1880er Jahren über das Auktionshaus Adolfo Bullrich y Cia an die britischen Investoren gelangte. Patricia Bullrich, die Ministerin für Sicherheit, in deren Verantwortung die aktuellen Razzien liegen gehört zu der selben Familie.

Kapitalismus - ein "tödliches Projekt"

„Damit eine handvoll von Menschen gut leben können, müssen viele andere verschwinden, aber nicht nur menschliche Wesen, sondern auch das Leben selbst, die Natur."

- Mauro Millan

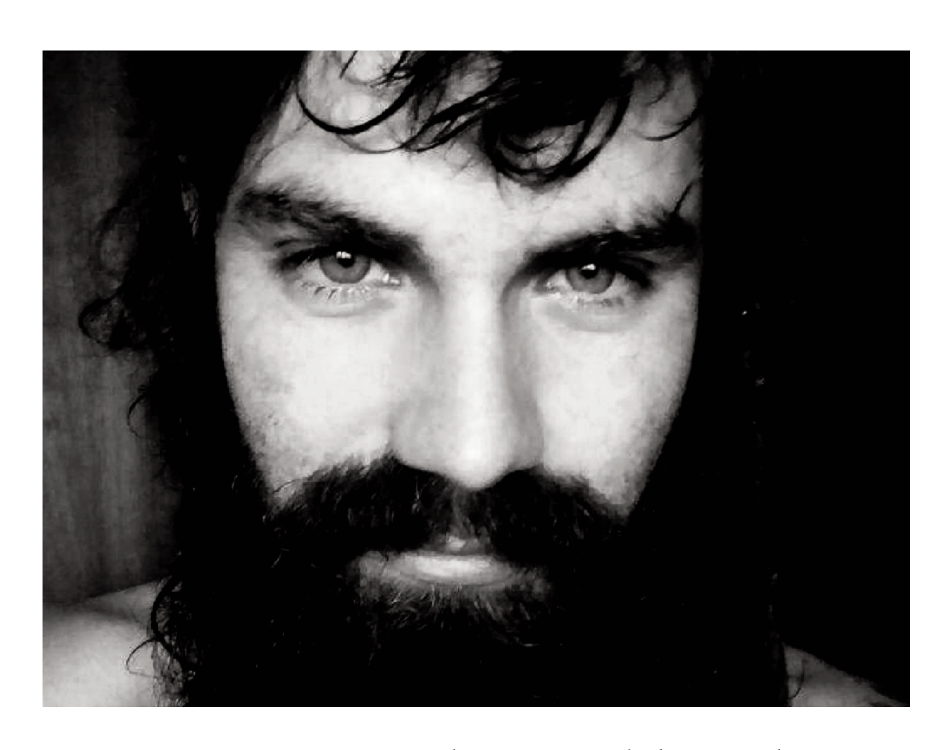
Mauro Millan ist Teil des Lof Pillan Mahuiza im westlichen Teil der Chubut Provinz. Diese Gemeinschaft widersetzt sich dem Plan einen Megadamm in den Anden zu bauen, welcher weite Teile der Region überfluten würde um Energie für Bergbauprojekte zu gewinnen. Er beschreibt wie viele andere in Lateinamerika, dass Kapitalismus ein "tödliches Projekt" ist, welches nicht nur Menschen verschwinden lässt, sondern auch die Natur und Formen des Lebens. Momentan nimmt dieses "tödliche Projekt" in Argentinien aber auch in anderen Staaten in der Region eine klare Wendung zum Einsatz von noch mehr Gewalt. Mit ihren brutalen Einsätzen sendet die Macri Regierung ein eindeutiges Signal nicht nur an die Mapuche in Lof Cushamen, aber auch an die hunderten von anderen Lofs in der Provinz, als auch an Mapuche und andere in anderen Provinzen.

So ist es keine Überraschung, dass etwa eine Woche vor den Parlamentswahlen, eine Leiche in Chubut auftaucht, die am 20. Oktober 2017 von seiner Familie als Santiago Maldonado identifiziert wird. Es gibt in der Geschichte um den Leichenfund noch sehr viele Ungereimtheiten, unter anderem, dass die Leiche an einem bereits mehrmals abgesuchten Ort aufgefunden worden sein soll.

Doch unabhängig davon, ob Santiago Maldonado nun ermordet wurde oder dieser ertrunken ist weil er vor der schiessenden Gendarmerie flüchten musste:

Fué el Estado – der Staat ist verantwortlich!

Gerechtigkeit für Santiago Maldonado!



Santiago Andrés Maldonado

25. Juli 1989 - 2017

Wir werden Dich nicht vergessen!

Ich sah der Menschen
Angstgehetz;
ich hört der Sklaven
Frongekeuch.
Da rief ich laut: Brecht
das Gesetz!
Zersprengt den Staat!
Habt Mut zu euch!

Erich Mühsam

DON'T TRY TO BREAK US – WE'LL EXPLODE – Der G20 2017 in Hamburg

Der G20 Gipfel 2017 provozierte die bislang heftigsten Auseinandersetzungen in Deutschland in diesem Jahrhundert. Wir waren vor Ort und haben kontinuierlich berichtet; in dem Monat, der seitdem vergangen ist, haben wir die Berichte aus Hamburg zusammengebracht und einen komplette Chronologie und Analyse hergestellt. Herausgekommen ist eine epische Geschichte von Staatsgewalt und breitem Widerstand dagegen, welcher auf diesem Level bislang sowohl in den USA wie auch in Nordeuropa kaum beobachtet werden konnte.

Die Kurzversion: Die Polizei versuchte mit roher Gewalt all jene, die gekommen waren um gegen den G20 zu protestieren zu isolieren und zu terrorisieren. Im Lauf der Geschehnisse brachten sie so einen großen Teil der Bevölkerung gegen sich auf und die Stadt geriet außer Kontrolle. Dies ruft uns wieder ins Bewusstsein, dass die wichtigsten Ereignisse an den Rändern von jedem gegebenen Konflikt stattfinden – die Verbreitung von Rebellion ist bedeutsamer, als die Aktionen selbsternannter Radikaler. Die Strategie der Polizei unterstreicht wie wichtig altbekannte Zwangsmittel für die Herrschaft der G20 sind; nichtsdestotrotz konnten wir beobachten wie eine entschlossene Bevölkerung selbst die best-trainierte und ausgerüstete Polizei aus-manövrieren kann. Wenn 31.000 militarisierte Polizist_innen, die ihr ganzes Repertoire bis kurz vor tödlicher Gewalt anwenden, nicht in der Lage sind die Ordnung beim wichtigsten und bestgesicherten Ereignis des Jahres in der reichsten Nation Europas aufrecht zu erhalten; dann ist es vielleicht auch wieder vorstellbar, eine Revolution zu denken.

Also müssen wir damit anfangen die Courage all jener die sich gegen den G20 aufgelehnt haben – sei dies durch das Organisieren von Demonstrationen, die Unterbringung von Gästen nachdem die Polizei die Camps angriff, durch das Mitlaufen im Black Bloc, durch die medizinische Hilfe für Opfer von Polizeigewalt oder durch das Stören der scheinheiligen „Hamburg räumt auf" Aktion im Nachhinein – zu ehren.

Jeder Sieg bringt aber auch neue Herausforderungen mit sich. Während keine*r erwartet hätte, dass sich Hamburg inmitten einer quasi militärischen Besatzung durch die Polizei erfolgreich zur Wehr setzt und eine temporär autonome Zone errichten würde, gibt dieser Erfolg rechten Autoritären und ihren angsterfüllten linken Komplizinnen eine gefundene Ausrede um nach noch mehr Staatskontrolle zu schreien. In der Konsequenz daraus haben einige Leute – insbesondere jene, die nicht in Hamburg waren – eine Verschwörungstheorie entwickelt, laut der die Autoritäten vorsätzlich der Polizei erlaubt haben die Kontrolle in Hamburg zu verlieren. Dies ist eine alte, wiederkehrende Behauptung, die jedes mal wieder auftaucht, wenn sich die Leute gegen die Polizei behaupten. Es ist ein automatisierter Reflex jener, die sich so sehr an die Kontrolle des Staates gewöhnt haben, dass sie alle Ereignisse dem Einfluss einer monolithischen, allmächtigen Autorität zuweisen. In dieser Chronologie der G20 Proteste werden wir alle Fakten zur Disposition stellen, so dass du für dich selber entscheiden kannst, was passiert ist.

Weiterlesen auf CrimethInc.com



Aktuelles zum Stand der Repression nach G20 –

30.10.2017 bis 5.11.2017

Am Dienstag, den 7.11.2017 gingen die Prozesse gegen Fabio (dessen Adresse wir Euch im letzen Circle-A ans Herz legten) und Konstantin weiter. Begleitet wurden beide von Kundgebungen.

Auch am Donnerstag, den 9.11.2017 gab es einen weiteren G20-Prozess. An diesem Termin leitete die Verhandlung wieder der als rechter Hardliner bekannte Richter Krieten, der schon im ersten G20-Prozess das von der Staatsanwaltschaft geforderte hohe Strafmaß sogar noch überschritt (siehe Prozessbericht) und sich im Verfahren gegen Konstantin unter die Besucher_innen mischen wollte.
Am Freitag, den 10.11. wurde mit einem dritten Termin in Altona das Verfahren gegen einen russischen Genossen fortgesetzt. Das Verfahren begann am 27.10.

Im Gängeviertel konnte man am Donnerstag in der breit|breiter|breite Kneipe solidarisch zusammenkommen, das gleiche galt für „Repression wegbassen!“ im Hafenklang am Freitag – beide Events sind Soli für G20-Gefangene.

In der vergangenen Woche gingen die Prozesse gegen Konstantin, sowie den französischen Genossen und einen russischen Genossen weiter, zudem fanden eintägige Prozesse statt.

Am Mittwoch fand ein Prozess vor dem Jugendschöff*innengericht statt, bei dem der Angeklagte zu 1 Jahr auf Bewährung sowie Arbeitsauflagen verurteilt wurde. Auch das Verfahren gegen Konstantin ging am Mittwoch mit dem 3. Verhandlungstag weiter. Zum 2. Verhandlungstag gibt es einen ausführlichen Prozessbericht. Wie an den vorangegangenen Terminen wurde der Prozess von einer Kundgebung begleitet.
Am Freitag wurde der französische Genosse gegen eine Zahlung von 10.000€ Kaution aus der Haft entlassen. Der nächste Prozesstermin steht noch nicht fest. Zudem begann ein weiterer Prozess, der am 10. November fortgesetzt wird.

Am Wochenende fand in der Roten Flora das Transnational Gathering für Angehörige, Freund*innen und Unterstützer*innen der von Repression betroffenen NoG20-Aktivist*innen statt. Im Vorfeld erreichte uns ein Beitrag von einem ehemaligen G-20-Gefangenen, der leider nicht kommen konnte. Gemeinsam mit vielen Gästen wurde diskutiert und gefeiert. Am Sonntag gingen etwa 200 Aktivist*innen dann zu einer Kundgebung zum Knast in Billwerder. Wie auch im Oktober schwebten hunderte Ballons über die tristen Mauern zu den Liedern, die sich die Gefangenen gewünscht hatten.

United We Stand!



Nachdem bereits am 25. Oktober solidarische Prozessbegleiter*innen von der Polizei eineinhalb Stunden festgehalten und so am Prozessbesuch (Prozessbericht hier) gehindert wurden, melden sich nun einige aus dem Kreis der Betroffenen mit einer Presseerklärung zu Wort.

Das Haus des SPD-Fraktionsvorsitzenden Andreas Dressel, der sich wie viele Hamburger Politiker_innen an der Hetze nach G20 beteiligt hat, wurde in der vergangenen Woche mit roter Farbe markiert. Bei de.indymedia findet sich eine Erklärung zu der Aktion.

Nachdem eine kleine Anfrage der Partei die Linke zu „G20 – Technische Überwachungsmaßnahmen“ vom Senat beantwortet wurde, fasste die taz Anfrage und Antwort hier zusammen: was für den G20 für 3 Mio € an Überwachungstechnik angeschafft oder restauriert wurde, wird nicht wieder abgebaut um bei Bedarf reaktiviert zu werden. Neu ist zum Beispiel eine HD-Kamera auf dem Fernsehturm. Erfahrungsgemäß wird bereits installierte Technik früher oder später auch genutzt.
Bereits am 16.10. gab Kim König, Pressesprecherin der Roten Hilfe Hamburg für die Kampagne United We Stand dem Neuen Deutschland ein Interview zur Solidarität mit den Gefangenen sowie eine Einschätzung zur Repression während und nach dem G20-Gipfel.

https://unitedwestand.blackblogs.org/

Erklärung von Fabio V. anlässlich der Sitzung am 07. November 2017 im Amtsgericht Hamburg-Altona

Frau Richterin, Frau Schöffin, Herr Schöffe, Frau Staatsanwältin, Herr Jugendgerichtshelfer,
Sie müssen heute über einen Mann urteilen. Sie haben ihn als „aggressiven Kriminellen“ und als „respektlos gegenüber der Menschenwürde“ bezeichnet. Mich persönlich kümmert es nicht, mit welchen Attributen Sie mich benennen. Ich bin nur ein Junge mit einem starken Willen.

Zunächst einmal möchte ich sagen, dass die Herrschaften Politiker, Polizeikommissare und Staatsanwälte wahrscheinlich glauben, dass sie den Dissens auf den Straßen aufhalten können, indem sie ein paar Jugendliche festnehmen und einsperren. Wahrscheinlich glauben diese Herrschaften, dass das Gefängnis ausreicht, um die rebellischen Stimmen aufzuhalten, die sich überall erheben. Wahrscheinlich glauben diese Herrschaften, dass die Repression unseren Durst nach Freiheit aufhalten wird. Unseren Willen, eine bessere Welt zu erschaffen.

Nun gut, diese Herrschaften täuschen sich. Sie liegen falsch, das beweist auch die Geschichte. Denn wie ich mussten bereits unzählige junge Menschen Gerichtsverfahren wie dieses hier durchleben. Heute ist es Hamburg, gestern war es Genua und davor wiederum war es Seattle.
Sie versuchen, die Stimmen der Rebellion, die sich überall erheben, mit allen „legalen“ Mitteln und „prozessrechtlichen Maßnahmen“ einzugrenzen.
Wie dem auch sei, wie auch immer die Entscheidung des Gerichtes lauten wird, sie wird nichts an unserem Protest ändern. Denn noch viele junge Männer und Frauen, die von den gleichen Idealen angetrieben werden, werden auch weiterhin überall in Europa auf die Straßen gehen, ohne sich dabei um die Gefängnisse zu kümmern, die Sie mühevoll versuchen, mit politischen Gefangenen zu füllen.

Aber kommen wir nun zum Punkt, Frau Richterin, Frau Staatsanwältin, Frau Schöffin, Herr Schöffe, Herr Jugendgerichtshelfer.

Kommen wir zum Punkt.
Wie Sie sich vorstellen können, werde ich heute in Bezug auf die Sache, wegen der ich angeklagt bin, von meinem Recht zu schweigen Gebrauch machen. Aber ich möchte etwas über die Beweggründe sagen, weswegen ein junger Arbeiter aus einer abgelegenen Stadt in den östlichen Voralpen nach Hamburg gekommen ist. Er tat dies, um sein Missfallen am G20-Gipfel zum Ausdruck zu bringen.

G20. Allein der Name an sich hat etwas Perverses.

20 Menschen, Männer und Frauen, welche die reichsten Industrieländer der Welt vertreten, versammeln sich um einen Tisch. Sie sitzen alle zusammen, um über unsere Zukunft zu entscheiden. Ja, ich habe es richtig gesagt: „unsere" Zukunft. Meine Zukunft, die Zukunft aller Menschen, die heute hier in diesem Saal sitzen, sowie die Zukunft weiterer 7 Milliarden Menschen, die auf unserer schönen Erde wohnen.

20 Menschen entscheiden über unser Leben und unseren Tod.

Selbstverständlich ist die Bevölkerung zu diesem netten Bankett nicht eingeladen. Wir sind nichts anderes als die dumme Schafsherde der Mächtigsten der Welt. Hörige Zuschauer dieses Theaters, in dem eine Handvoll Menschen die ganze Menschheit in der Hand hat.

Frau Richterin, ich habe lange darüber nachgedacht, bevor ich nach Hamburg gekommen bin. Ich habe an Herrn Trump gedacht und an seine Vereinigten Staaten von Amerika, die sich unter der Flagge der Demokratie und der Freiheit für die Polizisten der ganzen Welt halten. Ich habe an die vielen Konflikte gedacht, die der amerikanische Riese in jeder Ecke des Planeten anstiftet. Von Nahost bis nach Afrika. Alles mit dem Ziel, die Kontrolle über die eine oder andere Energiequelle zu erlangen. Nicht so wichtig, dass dann immer die gleichen sterben: Zivilisten, Frauen und Kinder.
Ich habe auch an Herrn Putin gedacht, den neuen Zaren Russlands, der in seinem Land systematisch die Menschenrechte verletzt und sich über jegliche Art von Opposition lustig macht.
Ich habe an die Saudis und an ihre auf Terror gründenden Regierungen gedacht, mit denen wir westliche Länder riesige Geschäfte machen.
Ich habe an Erdo an gedacht, der seine Gegner foltert, tötet und einsperrt.
Ich habe auch an mein eigenes Land gedacht, in dem jede Regierung mit Gesetzesdekreten pausenlos die Rechte von Studenten und Arbeitnehmern beschneidet.

Kurzum, das sind sie, die Hauptdarsteller des prächtigen Banketts, das im letzten Juli in Hamburg stattgefunden hat. Die größten Kriegstreiber und Mörder, die unsere heutige Welt kennt.

Bevor ich nach Hamburg kam, habe ich auch an die Ungerechtigkeit gedacht, die unseren Planet zerstört. Es scheint mir schon fast banal zu wiederholen, dass 1% der reichsten Bevölkerung der Welt genau so viel Reichtum besitzt wie 99% der ärmsten Bevölkerung zusammen. Es scheint mir schon fast banal zu wiederholen, dass die 85 reichsten Menschen auf der Welt genau so viel Reichtum besitzen wie 50% der ärmsten Bevölkerung der Welt zusammen. 85 Menschen gegenüber 3,5 Milliarden. Nur ein paar Zahlen, die ausreichen, um eine Vorstellung zu bekommen.

Und dann, Frau Richterin, Frau Schöffin, Herr Schöffe, Frau Staatsanwältin, Herr Jugendgerichtshelfer, bevor ich nach Hamburg kam, habe ich an meine Stadt gedacht: an Feltre. Das ist der Ort, an dem ich geboren wurde, an dem ich aufgewachsen bin, an dem ich leben möchte. Es ist ein kleines mittelalterliches Städtchen, das wie ein Juwel in die östlichen Voralpen eingelassen liegt. Ich habe an die Berge gedacht, die sich bei Sonnenuntergang rosa färben. An die wunderschönen Landschaften, die ich das Glück habe aus dem Fenster meines Zuhauses sehen zu können. An die umwerfende Schönheit dieses Ortes.

Und dann habe ich an die Flüsse in meinem schönen Tal gedacht, die von den vielen Unternehmern geschändet werden, die Genehmigungen haben wollen, um dort Elektro-Wasserwerke zu bauen, unbeachtet der Schäden, die sie der Umwelt und der Bevölkerung zufügen. Ich habe an die Berge gedacht, die vom Massentourismus befallen werden und zu einem grausigen Militärübungsplatz geworden sind.

Ich habe an den wunderschönen Ort gedacht, an dem ich lebe und der an skrupellose Geschäftemacher verscherbelt wird. Genauso wie viele andere Täler in jeder Ecke des Planeten, in denen die Schönheit im Namen des Fortschritts zerstört wird.

Angetrieben von all diesen Gedanken hatte ich mich also entschieden, nach Hamburg zu kommen und zu demonstrieren. Hierher zu kommen, war für mich mehr eine Pflicht als ein Recht.

Ich habe es für richtig gehalten, mich gegen diese gewissenlose Politik zu erheben, die unsere Welt in den Abgrund treibt. Ich habe es für richtig gehalten zu kämpfen, damit zumindest etwas auf dieser Welt ein bisschen menschlicher, würdevoller, gerechter wird. Ich habe es für richtig gehalten auf die Straße zu gehen, um daran zu erinnern, dass die Bevölkerung eben keine Schafsherde ist und dass sie in Entscheidungsprozesse involviert werden muss.

Die Entscheidung, nach Hamburg zu kommen, war eine parteiische Entscheidung. Es war die Entscheidung, mich auf die Seite von denen zu stellen, die um ihre Rechte kämpfen. Und gegen die, die sie ihnen wegnehmen wollen. Es war die Entscheidung, mich auf die Seite der Unterdrückten zu stellen. Und gegen die Unterdrücker. Es war die Entscheidung, gegen die kleineren und größeren Mächtigen zu kämpfen, die unsere Welt behandeln, als wäre sie ihr Spielzeug. Und denen es dabei egal ist, dass immer die Bevölkerung ihren Kopf dafür hinhalten muss.
Ich habe meine Entscheidung getroffen und habe keine Angst davor, wenn es einen Preis geben wird, den ich ungerechterweise dafür zahlen muss.
Nichtsdestotrotz gibt es noch etwas, das ich Ihnen sagen möchte, ob Sie mir es glauben oder nicht: Gewalt mag ich nicht. Aber ich habe Ideale und ich habe mich entschieden, für sie zu kämpfen.

Ich bin noch nicht fertig. In einer historischen Zeit, in der überall auf der Welt neue Grenzen entstehen, neue Zäune mit Stacheldraht aufgebaut und von den Alpen bis zum Mittelmeer neue Mauern errichtet werden, finde ich es wundervoll, dass Tausende junger Menschen aus jedem Teil Europas bereit sind, gemeinsam in einer einzigen Stadt für ihre Zukunft auf die Straße zu gehen. Über jede Grenze hinaus. Mit dem einzigen Ziel, die Welt etwas besser zu machen als wir sie vorgefunden haben.

Denn, Frau Richterin, Frau Schöffin, Herr Schöffe, Frau Staatsanwältin, Herr Jugendgerichtshelfer, wir sind nicht die Schafsherde von zwanzig mächtigen Herrschaften.

Wir sind Frauen und Männer, die das Recht haben wollen, über ihr eigenes Leben selbst zu entscheiden.



Dafür kämpfen wir.
Und dafür werden wir weiterkämpfen.

UPDATE ZU OLI



HOHE GELDSTRAFE FÜR OLI UND PROTEST VOR DEM LANDGERICHT

Am 23.10.2017 fand um 14:00 Uhr Olis Berufungsprozess am Landgericht Dresden statt. Ihm wurde gefährliche Körperverletzung in Tateinheit mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen.

Während einer Rangelei am Rande des Nopegida-Protestes soll Oli am 07.11.2016 mutwillig einen Polizisten mit einem Regenschirm verletzt haben, welchen er wetterbedingt mit sich trug. Hierfür wurde er vom Amtsgericht Dresden zu einer achtmonatigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Um Oli zu unterstützen, fanden sich ab 13:00 Uhr bis zu 50 Menschen zu einer Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude ein. Als Zeichen der Solidarität trugen sie Regenschirme mit der Aufschrift „Solidarität mit Oli – sOLIdarity!“ mit sich. In mehreren Redebeiträgen wurde sich dort kritisch mit dem Prozess außeinandergesetzt.

Das neue Urteil beläuft sich auf 90 Tagessätze á 30 €.

Die Unterstützungsgruppe „Solidarität mit Oli“ ist erleichtert, dass Oli nicht ins Gefängis muss, kritisiert das Urteil allerdings trotzdem. Robin Schmidt, Sprecherin der Gruppe, erklärt dazu: „Unser Hauptaugenmerk lag darauf, dass Oli nicht ins Gefängnis muss. Dass das jetzt erreicht wurde, erleichtert uns natürlich. Das Urteil ist für uns trotzdem kein Grund zur Freude.“, und weiter: „Es gibt immernoch keinen Grund, davon auszugehen, dass Oli vorsätzlich gehandelt hat und dass es eine Verletzung bei dem angeblich geschädigten Polizisten gab. Das einzig richtige Urteil wäre an dieser Stelle ein Freispruch gewesen“.
Auch Olis Anwältin gibt eine Stellungnahme ab: *„Nachdem das Urteil in erster Instanz am Amtsgericht eine Unverschämtheit war, merkte man in zweiter Instanz, dass zumindest nicht jedes Maß verloren ist.“*

WWW.FACEBOOK.COM/SOLIDARITAETMITOLI
Spendenkonto: Empfänger: Bund der Antifaschisten e.V.
IBAN: DE33850950047431721010 | BIC: GENODEF1MEI
Volksbank-Raiffeisenbank Meißen | Kennwort/Verwendungszweck: Soli mit Oli

Razzien in Freiburg – indy linksunten verboten

von: Soligruppe Unabhängige Medien Freiburg am: 25.08.2017

Am Freitag, den 25. August durchsuchten Bullen des LKA-Baden-Württemberg auf Anordnung des Bundesinnenministeriums vier Privatwohnungen und Wohngemeinschaften, sowie das Autonome Zentrum KTS in Freiburg. Bei den Razzien wurden unter anderem zahlreiche Speichermedien und Technik-Gegenstände beschlagnahmt – Festnahmen gab es keine. Die Aktion galt vermeintlichen Betreiber_innen der nun verbotenen Plattform linksunten.indymedia.org.

Die Website zeigt zur Zeit eine statische Seite. Unseres Wissens nach hatten die Behörden zu keinen Zeitpunkt Zugriff auf die technische Infrastruktur. Indy linksunten hat mehrfach betont, dass sie keine IP-Adressen speichern. Sogar das „Kennzeichen“ des seit fast zwanzig Jahren existierenden internationalen Netzwerks für unabhängige Medienarbeit wurde von den Behörden unter Strafe gestellt, wenn es in Kombination mit dem Schriftzug linksunten.indymedia.org verwendet wird.

linksunten.indymedia.org existiert seit nunmehr neun Jahren als mehrsprachiges, unabhängiges Nachrichtenportal für linke Bewegungen im Südwesten und darüber hinaus. Auf dem Portal wird per Open-Posting über Themen wie Antifaschismus, Ökologie, Antikapitalismus, Feminismus, Antirassismus und weitere soziale Kämpfe berichtet. Neben kritischer Berichterstattung zu Großereignissen wie Gipfelprotesten etwa in Hamburg oder Strasbourg gibt es hier Informationen „von unten“ – eine offene Plattform ohne kommerzielle oder parteipolitische Interessen. Über die Jahre hat es sich zu einem der bedeutendsten autonomen Nachrichtenportale im deutschsprachigen Raum entwickelt – kein Wunder, dass das Projekt den Behörden ein Dorn im Auge ist.

Wie die Faust aufs Auge passt nun die koordinierte Großrazzia des Innenministeriums. Dieses versucht, im Vorfeld der Bundestagswahlen mit Bezug auf den „entfesselten linken Extremismus“ nach den Hamburger G20-Protesten die Akzeptanz eines tatsächlich entfesselten Polizeistaates auszubauen. Dass die Bullen nun nach der Durchsuchung „Waffen“ präsentieren, ihre Präsenz in der Stadt ins Unerträgliche steigern und die Angriffe auf unsere Genoss_innen zum „großen Schlag gegen Links“ stilisieren ist die Propaganda eines autoritären Systems, das Gegenöffentlichkeit und kritische Berichterstattung um jeden Preis in die Schranken weisen will.

Indymedia zu illegalisieren ist der Versuch, soziale Bewegungen mundtot zu machen und einzelne Aktivist_innen einzuschüchtern. Doch wir werden trotz der Regierungen, die diesen und andere Staaten mit Gewalt möglich machen, weiterhin für freie Meinungsäußerung und freie Medien kämpfen. Wir werden solidarisch mit unseren Genoss_innen, deren Freiheiten heute vom Staat angegriffen worden sind, zusammenstehen.

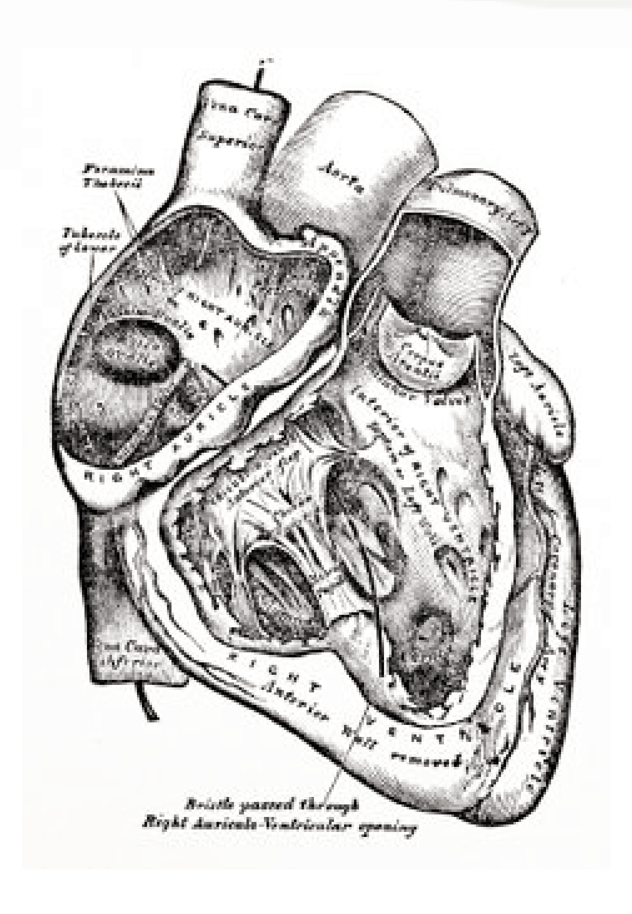
Harte Zeiten erfordern unabhängige Berichterstattung!

Getroffen hat es einige – gemeint sind wir alle!

Ende August hatte das Bundesinnenministerium das Portal linksunten.indymedia.org verboten. Dabei kam es zu mehreren Hausdurchsuchungen, Computer und Mobiltelefone wurden beschlagnahmt. In der Folge gab es mehrere Solidaritätsaktionen & -demonstrationen, etwa in Freiburg, Berlin und Hamburg. Drei mutmaßliche Verantwortliche für die Plattform gehen mittlerweile juristisch gegen ihre Zuordnung zur Plattform und die Tatsache, dass das Innenministerium »Linksunten« als Verein versteht, vor.

Über den Umgang mit Repression

oder auch: Solidarität & Selbstfürsorge



Wer Widerstand leistet gegen bestehende Herrschaftsverhältnisse ist häufig mit Repression konfrontiert. Diese kann viele verschiedene Gesichter haben: gewalttätiges Vorgehen der Polizei, juristische Kriminalisierung, Überwachung oder Einsperrung. Ebenso vielfältig sind die negativen Folgen von Repression oder auch von Konfrontationen mit Nazis: neben leicht greifbaren Auswirkungen wie einer blutigen Nase oder finanzieller Belastung durch Prozesskosten gibt es auch weniger offensichtliche Auswirkungen wie emotionalen Stress bis hin zu einem psychischen Trauma.

Diese Auswirkungen sind durchaus gewollt: Über die Traumatisierung Einzelner soll allgemein von politischem Widerstand abgeschreckt werden, indem ein Gefühl von Handlungsunfähigkeit und Ohnmacht gegenüber staatlicher Herrschaft erzeugt wird. Die Betroffenen ziehen sich häufig aus der Bewegung und auch aus ihrem persönlichen Umfeld zurück, wenn sie keine Unterstützung bei der Bewältigung des Erlebten erhalten.

Out of Action

Die Emotionale Erste Hilfe-Gruppe kämpft gegen diese Effekte von Gewalt und Repression und für einen offenen, solidarischen Umgang miteinander.

>>> https://outofaction.blackblogs.org | outofaction-dresdenⒶnadir★org

Der Ermittlungsausschuss Dresden

sind Menschen aus verschiedenen linksradikalen Zusammenhängen und wollen als EA linke Strukturen unterstützen. Sie führen jeden Dienstag ab 19 Uhr Beratungen zu rechtlichen Fragen im AZ Conni durch. An jedem ersten Dienstag im Monat teilen sie sich den Tresen mit der Out of Action Gruppe. Bei Demonstrationen sind sie telefonisch ansprechbar im Zusammenhang mit Festnahmen und Polizeiübergriffen und vermitteln wenn nötig Anwält*innen. Solltet ihr von staatlicher Repression betroffen sein, wendet euch an sie! Falls ihr Demonstrationen oder andere Aktionen plant und gerne einen EA geschalten haben wollt, fragt sie an.

Sie versuchen durch Vorträge und Workshops das Bewusstsein über staatliche Repression und ihre Auswirkungen zu erhöhen und einen sicheren und selbstbewussten Umgang mit Repression zu entwickeln. Gerne kommen wir bei euch vorbei für ein Demotraining oder Demo 1×1. Teil unserer Arbeit ist auch der Kampf gegen jegliche Form von Gefängnissen, Knästen oder Lagern!

>>> http://ea-dresden.site36.net | ea-dresden@so36.net

Anarchist Black Cross Dresden

SOLIDARITY IS OUR WEAPON

Anarchist Black Cross (ABC) Dresden ist ein Kollektiv von Menschen das sich zum Ziel gesetzt hat Ideen über Anarchismus und Solidarität zu verbreiten. Wir organisieren gemeinsame Abende um Briefe an Gefangene zu schreiben, Spendenaktionen und Vorträge, die über verschiedene Orte der Welt informieren. Durch das Verbreiten von Informationen über Gefangene und Repression gegen soziale Bewegungen, hoffen wir Menschen in Dresden Mechanismen von Repression aufzuzeigen, um diese besser bekämpfen zu können und eine Kultur der Solidarität in der Gesellschaft zu entwickeln.

ABC Dresden unterstützt anarchistische und antiautoritäre Aktivistinnen*, deren Ideen anarchistische Grundsätze nicht wiedersprechen, als auch Menschen, die während ihrere Zeit im Gefängnis Anarchistinnen* werden.

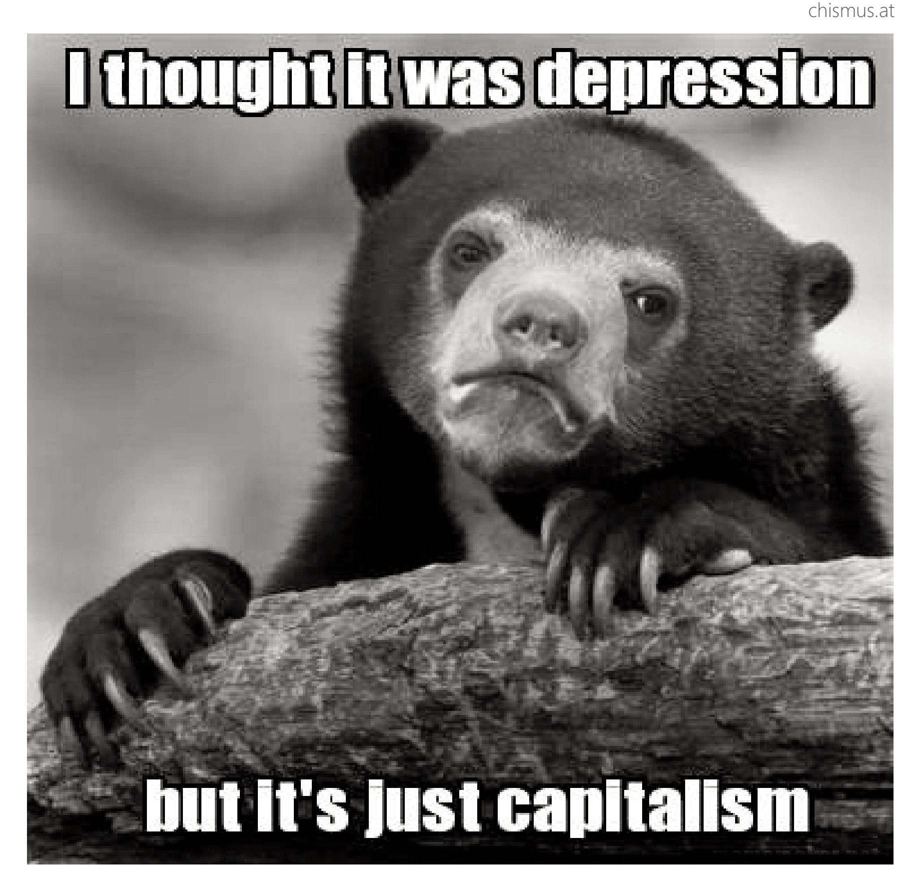
Wenn du Fragen hast, Hilfe brauchst oder mitmachen willst schreib und an unsere Mail

>>> abcdd(A)riseup.net
>>> https://abcdd.org



Die Strategie von Repression ist nicht nur eine politische, sondern auch eine psychologische: Sie schlagen eine/n von uns zusammen und viele bekommen Angst und fühlen sich blockiert. Als linke AktivistInnen sollten wir uns bewusst machen, dass wir immer wieder das Risiko eingehen, erstmalig oder erneut durch staatliche Gewalt nicht nur körperlich verletzt, sondern auch psychisch traumatisiert zu werden. Ein Ziel solch systematischer Angriffe ist die Einschüchterung kritischer Menschen. Über die Traumatisierung einzelner soll allgemein von politischem Widerstand abgeschreckt werden, indem Gefühle von Handlungsunfähigkeit und Ohnmacht gegenüber staatlicher Herrschaft entstehen. Deshalb ist es für AktivistInnen wichtig zu wissen, wie sie sich im Vorfeld von Aktionen schützen können. Für die Entwicklung von Handlungsstrategien sind Kenntnisse hilfreich, was eine Traumatisierung ist, wie sich die Folgen für die Betroffenen und ihr Umfeld anfühlen können und wie damit umgegangen werden kann. Also informiert Euch über diese Themen und seid füeinander da, gegen Hilflosigkeit und Vereinzelung.

www.anarchismus.at



Silvester zum Knast

– die Maschinerie der Gefängnisse hinterfragen, demontieren und zerstören!

Seit mehreren Jahren kommen zu Silvester Menschen zusammen, um ihren Ideen einer Gesell-schaft ohne Herrschaft und Zwang, auf den Straßen Ausdruck zu verleihen. Nicht nur in Berlin-Moabit, dessen JVA um die 1.500 Gefangene einsperrt, sondern auch in Grünau, wo Menschen verschiedenster Herkunft in Abschiebehaft gehalten werden, da sie die falschen oder gar keine Papiere besitzen. Papiere, die dir sagen, wo du sein darfst oder – und dies spiegelt die Realität der Meisten wieder – wo du nicht sein darfst.

Beides, im Knast zu sitzen, weil du vielleicht geklaut oder Eigentum zerstört hast, ohne Ticket gefahren bist oder im Knast zu sein, weil du aus deinem Herkunftsland geflüchtet bist, sei es aus Perspektivlosigkeit oder aus Angst verfolgt zu werden, beruht auf ein und derselben Tatsache: das Bestehen von sozialen Strukturen, die festlegen, was falsch und was richtig ist, was geschützt und was bestraft werden muss. Gesetze und Regeln, die von einigen wenigen beschlossen werden, denen sich andere wiederum unterwerfen müssen. Diese Logik der Bestrafung und des daraus resultierenden Einsperrens gilt es zu durchbrechen.

Doch wir wollen sie nicht nur brechen, sondern all die Umstände, die dieser Logik in die Hände spielen, zerstören. Auf das es möglich ist, ein Miteinander entstehen zu lassen, dass solche Bedingungen nicht wieder reproduziert…

An Silvester geht es uns darum Solidarität, Wut und Kraft von der Straße durch die Mauern zu senden, aber auch an bestehende Kämpfe anzuknüpfen. Sei es um sich Repressalien entschlossen entgegen zu stellen, über sie zu informieren, zu diskutieren oder sei es um internationale Kämpfe, wie etwa Hungerstreiks oder Arbeitsverweigerungen innerhalb der Knäste, zu unterstützen. Denn diese Knastgesellschaft ist komplex und reicht von denen, welche die Infrastruktur stellen, hin bis zu denen, die Überwachung, Kontrolle und die Normalität dieser Gefängnisse ermöglichen.

Das betrifft auch ganz explizit uns, deren Welt sich außerhalb hoher Mauern abspielt. Denn mit all ihren Gesetzen und Normen, die Zwang, Ausbeutung und Verhältnisse der Ungleichheiten schaffen, ähnelt diese Welt immer mehr einer, die hinter Gittern stattfindet. Es geht darum, diese sogenannte Freiheit, die uns mit all seinen scheinbaren Privilegien vorgesetzt wird, zu hinterfragen. Denn welche Freiheit genießen wir, wenn unser Leben durch Grenzen und Schranken definiert wird, wo ein Stück Papier deine Hoffnung auf ein angenehmeres Leben auf einen Schlag verwischen kann? Wo die bestehende Ordnung zwischen arm und reich unterscheidet und gegebenenfalls die wegsperrt, die über die vorgeschriebenen Linien treten. Und in welcher Freiheit leben wir, wenn wir andere Menschen einschränken und ihnen nicht die Fähigkeit zuschreiben, eigenmächtig über ihr Leben zu entscheiden? Der Bulle im Kopf, mit all seinen autoritären Zügen, muss verschwinden, damit es uns möglich ist, unsere eigene Freiheit wieder aneignen zu können…

Dieses Knastsystem ist nicht reformierbar, denn es ist von Grund auf falsch, hier und überall. Es macht keinen besseren Menschen, es trägt nicht zur Lösung sozialer Konflikte bei. Dieses auf Konkurrenzdenken und Ungerechtigkeit basierende Nebeneinander sperrt Menschen weg, oder schiebt sie ab, um auf der einen Seite alles Problematische von sich zu stoßen und auf der anderen Seite um diejenigen, die verzweifelt nach der Freiheit suchen, abzuschrecken und Exempel zu statuieren. Eine Gesellschaft des ausgestreckten Zeigefingers, unfähig sich vorzustellen, jenseits von Autoritäten zu existieren.

Wir wollen unsere Solidarität und unsere gegenseitige Hilfe nutzen, um all diese Mauern Stein für Stein einzureißen.

BIS ALLE FREI SIND!

Bis alle frei sind !



Gefangenenpost

Lisa

Seit Anfang 2017, standen zwei Gefährt*innen aus Barcelon wegen einer Enteignung einer Pax-Bank vor Gericht, die im Jahre 2014 in Aachen statttfand. Am 17. Juni wurde die anarchistische Compañera Lisa zu 7 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt, während der andere angeklagte Gefährte (der vor kurzem eine Dankesnote geschrieben hat) vom Aachener Gericht freigesprochen wurde. Nachdem sie verurteilt und ins Kölner Gefängnis gesteckt wurde, hat sie sich entschieden, ihre Kontaktadresse zu veröffentlichen:

Lisa
Buchnummer: 2893/16/7
Justizvollzuganstalt (JVA) Köln
Rochusstrasse 350
50827 Köln – Germany

Patryk Cichoń

Patryk is a Polish antifascist recently deported to Poland from UK to serve his sentence from 11 years ago for allegedly assaulting some fash.
He would appreciate your letters of support and literature, he understands Polish and English well.

Patryk Cichoń
"Syn Józefa"
Zakład Karny
ul. Załęska 76
35-322 RZESZÓW, Poland

Bayram Mammadov and Giyas İbrahimov

The students Giyas Ibrahimov and Bayram Mammadov were arrested on 10 May 2016 in Baku, Azerbaijan, after the authorities claimed that police had "discovered" heroin in their possession. But the fact is they sprayed a graffiti "Happy Slave Day" & "Fuck the System" on the statue of Heydar Aliyev, the former President of Azerbaijan and father of actual authoritarian president Ilham Aliyev, and posted a photo of this political graffiti on Facebook.

Giyas Ibrahimov and Bayram Mammadov told that the drugs had been planted on them by police, and then "discovered" in the presence of "witnesses" who work for the police. Bayram Mammadov and Giyas Ibrahimov say this was planted, and during questioning they were only asked questions about the graffiti.

The drug charges against Giyas Ibrahimov and Bayram Mammadov have been fabricated with the sole purpose of punishing them for their political protest. They have complained of torture and other ill-treatment in custody, including severe beatings and threat of rape, aimed at forcing them to apologise publicly for insulting Heydar Aliyev. They were subjected to severe beatings by police officers when they refused to apologise.



Giyas and Bayram were sentenced to ten years for their political graffiti.

Bayram Məmmədov, Giyas İbrahimov
Bakı şəhəri Kürdəxanı qəsəbəsi
Bakı İstintaq Təcridxanası
Sabuncu Rayon
AZ1059
Azerbaijan

Jeremy Hammond

A former member of the hacking network Anonymous who has become a cause celebre for hacktivists, civil libertarians and those concerned about the rights of whistleblowers, is a gifted young computer programmer who is currently spending a decade in prison. His crime? Leaking information from the private intelligence firm Strategic Forecasting, information which revealed that Stratfor had been spying on hu-man rights activists at the behest of corporations and the U.S. government.

In March 2012 Jeremy was arrested in his Chicago home and charged with violations of the Computer Fraud and Abuse Act, the same legislation used to prosecute Aaron Swartz. This outdated law, written before the Internet was even created, gives absurdly broad powers to corporations and prosecutors to criminalize an array of online activity and pursue extreme and disproportionate sentences. By contrast, Jeremy's co-defendants in Ireland will not be prosecuted and in the U.K. none will spend more than 16 months in prison.

In a non-cooperating plea deal, Jeremy pled guilty to one count of the Computer Fraud and Abuse Act. Despite lodging nearly 265 letters of support calling on judge Loretta Preska to show leniency, Jeremy was sentenced to the maximum allowed under his plea agreement.

Since his arrest, Jeremy has been denied bail, cut off from his family, and held in solitary confinement- treatment normally reserved for the most egregious offenses. He did nothing for personal gain and everything in hopes of making the world a better place and he needs our support.

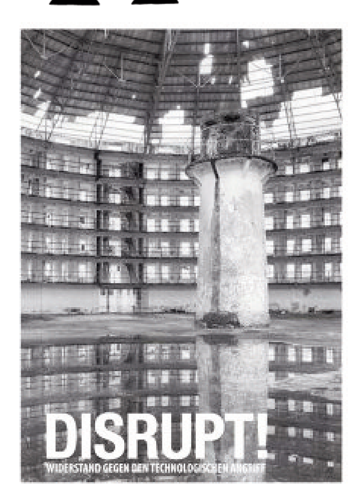
Jeremy Hammond #18729-424
FCI Manchester
Federal Correctional Institution
P.O. Box 4000
Manchester, KY 40962
USA

KUNST & KULTUR

Irony(*n.*)— drawing trees on paper.

BUCH EMPFEHLUNG





DISRUPT! beschreibt die Versuche, das menschliche Dasein den Anforderungen einer reduktionistischen künstlichen Intelligenz zu unterwerfen. Der Anpassungsdruck des Menschen an die Maschine wirkt bereits jetzt – weit vor einer vollständigen Vernetzung aller mit allem. Das *redaktionskollektiv çapulcu* dechiffriert diese – oft unhinterfragte – Entwicklung als Angriff auf unsere Autonomie und analysiert seine entsolidarisierende Wirkung. Denn Technologie ist nie neutral, sondern immanent politisch.

Ein Gegenangriff auf die Praxis und die Ideologie der totalen Erfassung erscheint zwingend notwendig. Die Autor*innen plädieren für die *Wiederbelebung einer praktischen Technologiekritik* zwischen Verweigerung und widerständiger Aneignung spezifischer Techniken.

MUSIKEMPFEHLUNG



Hoi Divizion

Do you remember the times when the songs at the concerts were not longer than 30 seconds? Where in this short songs there were more sense than in modern 10-season series? Well then you will love what the gang from Hoi Divizon prepared for you. A bunch of guys who are part of anarchist and antifaschist movement in Belarus are going to rock your live for 7 minutes - that's the length of the two albums that the band recorded in last years. But with this 7 minutes they became one of the most favorite bands in russian speaking area - social lyrics mixed up heavily with sarcasm are learning by heart and sang at the concerts all the time!

You can blow up your mind with this punk-ock online - hoidivizion.bandcamp.com







Komunitas ist eine Doku über die Reise einer deutschen Punk Band durch Thailand, Malaysia und Indonesien. Mit Gigs in unterschiedlichen kleinen und großen Städten können wir springen in die underground Punkrock-Szene einer Region, wo Punk nicht nur Musik ist, aber eine große Bewegung verbindet mit einer politische Contrakultur. Und obwohl die portraitierte deutsche Band durch die gesamte Reise lamentieren, wie schwer sie es doch haben, sind die beste Teile des Filmes die Interviews mit den Menschen aus den unterschiedlichen Städten, einschließlich dem Süden von Indonesien, wo Repressionen seitens der Polizei die Titelblätter der Weltmedien füllen.

Aus aktuellem Anlass an dieser Stelle ausnahmsweise ein...



Berlin im Jahr 1943. Über 7000 Berliner Juden widersetzten sich der Deportation in den Tod und wurden zu Unsichtbaren für die Mord-Behörden.

Der Zweite Weltkrieg hat sich bereits zuungunsten des Nazi-Regimes gewendet, in den Vernichtungslagern steigert sich die Mordmaschine auf Hochtouren. Die Reichshauptstadt ist offiziell "judenrein". Doch gar nicht so wenigen Berliner Juden gelang seinerzeit tatsächlich das Undenkbare:
Sie tauchten unter, versteckten sich, nahmen eine andere Identität an, sie wurden zu Unsichtbaren. Manchmal mit Hilfe von Nichtverfolgten, manchmal mit neuen Namen oder auch mit frisch blond gefärbten Haaren

Andere erlebten anderes: Manche leisteten Widerstand durch Flugblätter oder fälschten wie der junge Cioma (Max Mauff) heimlich Pässe und retteten so das Leben Dutzender anderer Verfolgter. Sie überlebten, weil sie Mut hatten und manchmal auch nur schieres Glück.

In seinem Film **"Die Unsichtbaren"** erzählt Regisseur und Produzent Claus Räfle einige dieser unglaublichen Geschichten und porträtiert vier Überlebende in einer Mischung aus Dokumentar- und Spielfilm.



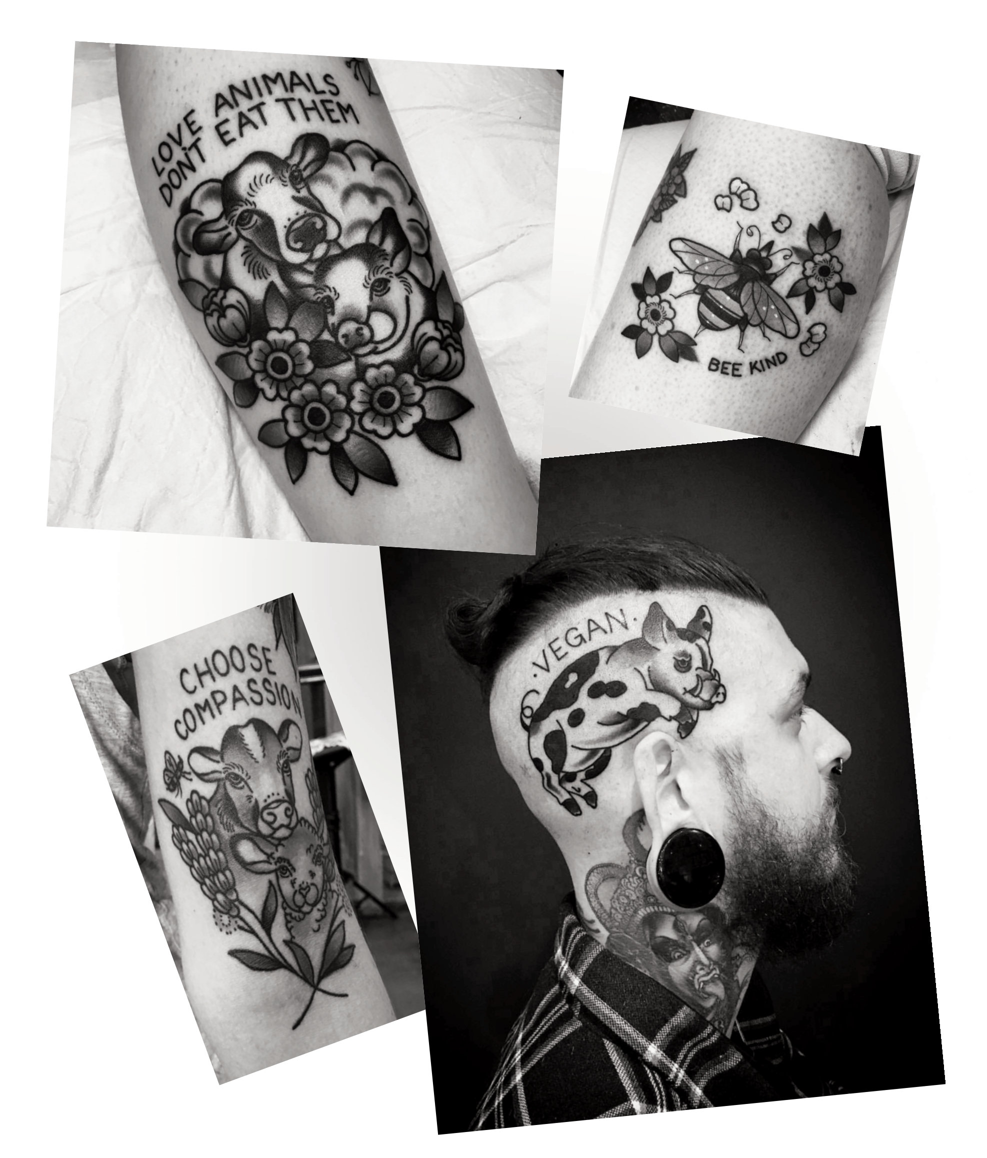
Erinnern heisst handeln! Wir alle, ob zusammen oder einzeln haben (noch) die Möglichkeit etwas zu tun. Wir müssen diese nutzen, jeder*r in ihren*seinen Möglichkeiten. NIE WIEDER FASCHSMUS !

Unsere Kunstempfehlung dieses Mal

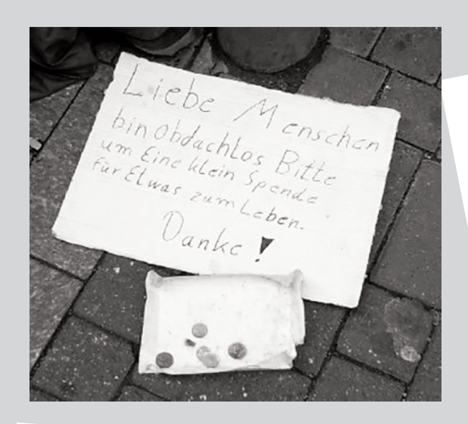


... ist:





Avalon Todaro
Tätowiererin
(Melbourne)



RECHT AUF STADT
- Die Bettellobby in Dresden

Die Mehrzahl von uns lebt in Städten. Dabei sind Städte Orte der Kultur und des Austausches, Orte der Begegnung und der Schnittstelle von Lebenswelten. An keinem Ort treffen die Widersprüche der kapitalistischen Werteordnung so krachend aufeinander wie in diesen urbanen Zentren. Die postmoderne Stadt wird stadtplanerisch mehr und mehr in einen Erlebnispark nach Disneyland Modell verwandelt. Die Menschen werden voneinander isoliert und Begegnungen finden im Kontext des Erlebens des Geldausgebens in vordefinierten Räumen statt. Die Bewohner*innen sollen sich in einer sauberen Wohlfühlatmosphäre ganz und gar auf das Konsumieren konzentrieren können. So werden Orte nicht mehr von Menschen in Lebensräume verwandelt, sondern mehr und mehr funktional durchorganisiert. Das beste Beispiel dafür ist die Shoppingmall - der Einkauftempel. Genaue Reglementierung, ein Heer von Sicherheitspersonal und durchgängige Videoüberwachung kreieren einen Raum der eine einzige Funktion erfüllt – das Erlebnis ungestörten Konsums. Dabei erleben Konsument *innen eine „Spielzeugwelt“ ohne Bettler*innen, ohne Obdachlose oder Subkultur. Eine Illusion! Dieser Raum wird ihnen präsentiert, ist vorgegeben, Mitgestaltung ist nicht erwünscht. Doch gerade die Stadt ist auch ein Zufluchtsort für eine Vielzahl von Menschen mit anderen Lebensrealitäten. Ein Zufluchtsort für illegalisierte Migrant*innen, Obdachlose oder Drogenkonsument*innen. Daher ist diese Illusion einer „sauberen“ Stadt immer ausgrenzend. Die Illusion eines störungsfreien Raumes des Konsumierens für die Einen, bedeutet für die Anderen Ausgrenzung, Illegalisierung und Verdrängung.

In Dresden erleben wir gerade so ein Beispiel von Stadtkosmetik, mit der Diskussion um die Illegalisierung des Bettelns. Dem Stadtrat liegt eine Polizeiverordnung vor, mit der die Polizei über das Schicksal bettelnder Familien entscheiden soll. Im Deckmantel der Kindeswohlgefährdung, soll den Eltern bettelnder Kinder ein Bußgeld von 1000 Euro auferlegt werden.

Gegen diese Verordnung gibt es eine ganze Menge an Protest. Und nach Meinung der sich solidarisierenden Menschen trifft es auch hier nur die Armen anstatt die Armut zu bekämpfen. Mehrere Initiativen, Vereine und Personen stellen sich gegen diese Verordnung und haben sich in der Bettellobby organisiert. **Der Anarchistische Hörfunk Dresden hat mit Maja Schneider aus der Gruppe Polar, die Teil der Bettellobby sind, gesprochen.**

reclaim the city

ich will nicht betteln, aber dürfen muss ich.

we are the city. together.

für die Wahrung und Umsetzung der Menschenrechte

vielen dank

Anarchistischer-Hörfunk: *Hallo. Magst du euch zu Beginn kurz vorstellen?*

Maja Schneider: Wir sind die Bettellobby in Dresden. Wir haben uns nach dem Wiener Model gegründet und sind noch gar nicht so lange existent. Es begann mit den Debatten in Dresden um die Straßenmusik. Da wurde auch schon sehr rassistisch argumentiert, die Berichterstattung war letztendlich ganz menschenverachtend. Das hatte sich so zugespitzt, dann kam hinzu, dass immer mehr Artikel über bettelnde Menschen in der Zeitung waren. Es fleuchte irgendwie überall so rum. Alle haben gesagt man müsste was tun, das sei ja nicht in Ordnung. Und dann haben sich einige Leute zusammengetan und erstmal eine Bettellobby gegründet. Wir sind die Treberhilfe, die Freie Arbeiter*innenunion, die Gruppe Polar, es ist Romarespekt dabei, die Gruppe gegen Antiromaismus und andere Einzelpersonen die in Gruppen oder Sozialverbänden organisiert sind.
Wir haben uns gegründet, um im November die unsoziale Polizeiverordnung zu verhindern. Die Entscheidung ist jetzt verschoben worden, eigentlich sollte die im September durchgesetzt werden. Es sollen Leute, die mit Kindern betteln dazu verdonnert werden 1000 Euro Strafe zu zahlen. Was klar ist, wenn du bettelst, hast du keine 1000 Euro übrig, um eine Repression auszugleichen. Dafür haben wir uns gegründet. Unser Ziel ist es diese Polizeiverordnung zu kippen.

Anarchistischer-Hörfunk: *Du hast am Anfang schon die Akteur*innengruppe aus Österreich erwähnt, kannst du kurz deren Vorgehen beschreiben?*

Maja Schneider: Die Bettellobby hat sich dort vor vielen Jahren gegründet. Sie betreiben hauptsächlich eine Rechtshilfeberatung. Für Leute die aufs Betteln angewiesen sind oder eben betteln. Daraus entstanden ist unter anderem die Protagonistin Ulli Gladik. Sie hat einen Film gemacht der heißt Natasha. Er porträtiert eine Frau aus Rumänien, die betteln muss. Sie ist einen Teil ihres Lebens bei ihrem Sohn in Rumänien und einen Teil in



Österreich betteln. Und das ist ein ganz schöner Film geworden, weil der die Lebensumstände der Frau erklärt. Warum sie zum Betteln gezwungen ist. Weil eben in postsozialistischen Staaten die Armut unter Roma enorm zugenommen hat. Eigentlich sind alle aus der Arbeit raus. Aber im Gegensatz dazu eben auch ohne Grundversorgung in irgendeiner Form. Sie hat eine Gehbehinderung und muss dementsprechend, um überhaupt Geld für die Familie zu akquirieren in nach Wien gelangen um dort zu betteln. Sie hat so ein halbhalb Leben. Letztendlich ohne ihre Familie und ihr Kind in Wien und eine Zeit lang in Rumänien mit ihnen. Das ist ein ganz schöner Film geworden, den wir dann hier auch gezeigt haben um einen Eindruck zu vermitteln, was die Umstände sind, die einen zum Betteln zwingen können.

Anarchistischer-Hörfunk: *Ist die rechtliche Situation in Deutschland ähnlich wie in Österreich?*

Maja Schneider: Die Situation ist ganz unterschiedlich in den Städten. Das wird kommunal geregelt, deswegen ist es auch eine Dresdner Polizeiverordnung. Das organisieren die Kommunen oder Städte selbst. Es gibt schon Situationen in Dresden in denen das Betteln verboten ist, zum Beispiel das sogenannte aggressive Betteln. In Wien ist das Bettelverbot durchgesetzt. Aber es gibt dort Einzelklagen, weil die Ordnungsbehörden die Leute schikanieren. Und mit diesen Schikanen kommen die Betroffenen dann zur Bettellobby und die helfen ihnen dann, damit sie das Geld nicht zahlen müssen.

Anarchistischer-Hörfunk: *Aber das sind sozusagen immer Verordnungen? Oder gibt es auch ein Gesetzt dagegen? Das habe ich noch nicht ganz verstanden.*

Maja Schneider: Das haben wir am Anfang auch nicht verstanden, das ist nämlich total schwer. Weil so eine Polizeiverordnung kommt letztendlich aus der Verwaltung oder aus der Polizei. Das kann bzw. wird eigentlich ganz undemokratisch umgesetzt. Die kann dann durchgewunken werden, wenn sich der Stadtrat als demokratische Repräsentanz dafür nicht interessiert und das noch mal kippt. Ganz viel passiert letztendlich, das ist unser Eindruck über den schnellen Weg. So dass die Verwaltung den Stadtrat vor sich spannt, diese ganzen Sachen aufschreibt und ordnungsbürokratisch durchwinken will. Ohne dass es eine öffentliche Debatte um Sinn oder Unsinn gibt.

Anarchistischer-Hörfunk: *Im Rahmen dieser ganzen Debatte fiel ganz oft das Wort der Kindeswohlgefährdung. Das war in Dresden so ein bisschen das Steckenpferd der Debatte. Geht´s darum wirklich oder um was geht´s?*

Maja Schneider: Das Wort verschleiert eigentlich die soziale Kälte. Eigentlich geht´s um Kinder, die auf Grund der Armut ihrer Familien mit beim Betteln dabei sind. Das finden wir nicht richtig. Wir fordern Bildung für alle, Zugänge für alle auf Bildung. Falsch aber ist, dass es eine Kindswohlgefährdung gäbe. Kindeswohlgefährdung ist als allererstes eigentlich, dass Eltern schlecht für ihre Kinder sorgen. Dem ist hier überhaupt nicht so. Es gab von Anfang 2016 bis heute 16 Anzeigen von Kindeswohlgefährdung.
Die mussten alle abgelehnt werden, weil die Kinder ihre Eltern sehr gern mögen. Strukturell sind die Kinder natürlich total mit Armut geschlagen und eigentlich der Kindeswohlgefährdung ausgesetzt, dafür können aber die Eltern nichts, weil die sind ja erst mal nur arm.

Eigentlich braucht´s Hilfen bzw. Geld um die Kinder gut zu versorgen. Das andere sind Zugänge zu Kita, Schule und Kultur. Eben alles was Kinder brauchen. Das ist nicht gewährleistet. Aber diese akute Kindeswohlgefährdung, die erhoben wird um gewalttätigen Eltern ihre Kinder wegnehmen zu können, das liegt überhaupt nicht vor.

Anarchistischer-Hörfunk: *Ganz am Anfang hast du schon gesagt, dass ihr euch mit den Betroffenen solidarisiert und gegen diese Verordnung vorgehen wollt. Kannst du das bitte genauer erklären?*

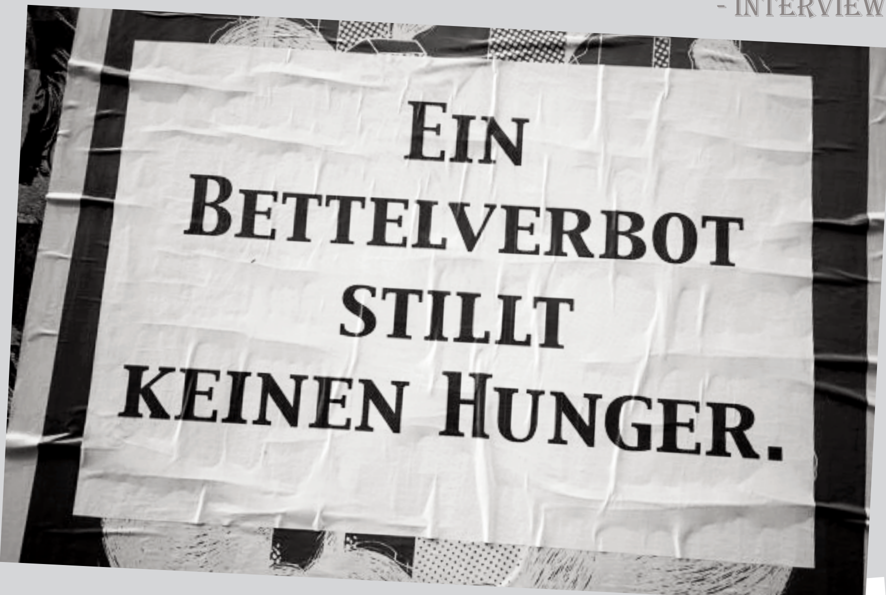
Maja Schneider: Wir versuchen in Kontakt zu kommen. Wir sprechen Leute an, die aufs Betteln angewiesen sind, sowohl in der Innenstadt als auch hier in der Neustadt. Wir suchen nach gemeinsamen Formen von Widerstand gegen so eine Polizeiverordnung. Das ist auf Grund der verschiedenen Lebenslagen aber schwierig. Wir haben auch Ulli Gladik von der Bettellobby an den Bus der Treberhilfe eingeladen, wo Essen, Kleidung und Hygieneartikel vergeben werden, um gemeinsam zu diskutieren was jetzt los ist, was sich Leute wünschen würden, was braucht´s eigentlich.
Weil letztendlich reden die ganze Zeit Leute drüber was zu tun wäre, explizit in dem Fall die Polizei, die wissen ja zumindest dass es wichtig wäre die Leute wegzuekeln. Aber keiner spricht darüber was aus einer sozialen Perspektive zu machen wäre. So versuchen wir uns kennenzulernen und zu schauen ob wir gemeinsam zu Forderungen kommen.

Anarchistischer-Hörfunk: *Und habt ihr da schon Forderungen formuliert wie denn tatsächlich den Kindern und ihren Eltern geholfen werden könnte?*

Maja Schneider: Es gibt sowas das läuft unter dem Namen des Berliner Modells. Es gibt Hotspot-Anmeldungen, das heißt auch wenn du obdachlos oder wohnungslos bist kannst du dich dort anmelden. Also so was wie eine fiktive Meldeadresse. Damit haben deine Kinder oder einige Kinder die Möglichkeit in der Kita oder in der Schule aufgenommen zu werden. Es ist wichtig, dass sowohl die Kinder, wenn sie Lust haben, den Zugang zur Schule bekommen und zum anderen die Eltern Zeit bekommen sich um ihre Belange zu kümmern zu können.

Viele der bettelnden Menschen in der Innenstadt und hier [in der Neustadt] sind aus ganz prekären Jobs rausgefallen. Also ganz viele sind beispielsweise um Löhne geprellt worden. Die sind nicht hierhergekommen um zu betteln, sondern haben hier auf diesen ganzen Baustellen geschuftet, sind dann eben um ihre Löhne geprellt worden und sind jetzt darauf angewiesen zu betteln. Und da wäre es natürlich gut, wenn die Familien, die mit Kindern hier sind oder die die eh hier leben, ihre Kinder anmelden können auch wenn keine Wohnung zur Verfügung steht. Dass ein Zugang zu Bildung möglich ist uns total wichtig.

Und das die Wohnungen an sich wieder sozialer aufgeteilt werden müssen. Es kann nicht sein, dass kann sich keine*r leisten hier zu mieten. Und die Sozialwohnungen sind eh total rar geworden. Roma und Sinti haben einen enorm erschwerten Zugriff auf den Wohnungsmarkt.
Studien zeigen, dass mehr als 50 Prozent der Deutschen keine Lust haben Roma und Sinti als Nachbarn zu haben. Das heißt wir reden auch über Leute, die einfach strukturell vom Wohnen so dermaßen ausgegrenzt werden wie es nur geht.



Anarchistischer-Hörfunk: *Ihr hattet ja in letzter Zeit einige Veranstaltungen, Filmvorführungen, das Pressegespräch im Rathaus und in der Öffentlichkeit, wie ist das so angekommen, hast du das Gefühl, dass ihr die genannten Themenfelder transportieren konntet?*

Maja Schneider: Also wir haben den Eindruck, dass die ganze Debatte ums Betteln eine Medienkampagne war. Die Medien haben sich gegenseitig hochgepeitscht und immer absurdere Artikel geschrieben. Und unser Eindruck ist jetzt schon, dass in den Kommentaren sowie in den Forderungen so langsam durchsickert, das soziale Probleme nicht repressiv gelöst werden. Da hat ein Wandel stattgefunden. Und da sind wir auch ganz happy. Die Kommentarleisten bleiben weiter übelst und verletzend und dermaßen rassistisch. Und es wäre schön, wenn Leute darauf antworten würden. Weil Leute teilweise wirklich so bösartige Sachen und Unterstellungen da posten. Das ist einfach nur noch verrückt. Das erschreckt uns sehr. Die Artikel an sich sind aber besser geworden, wesentlich besser sogar.

Anarchistischer-Hörfunk: *Das wäre auch meine nächste Frage. Wie können wir uns alle solidarisieren mit den Menschen? Da wären Kommentarleisten vielleicht auch erst mal etwas Kleines, aber fallen dir noch andere Möglichkeiten ein?*

Maja Schneider: Ja, also es ist wichtig sich einzumischen und immer wieder die Absurdität der Kommentare deutlich zu machen und diesen tiefsitzenden Rassismus immer wieder zum Thema zu machen. Das ist eine Sache. Außerdem haben wir Plakate gemacht und die sind ganz einfach, also da steht Bettelverbot ist Stadtkosmetik und es könnten alle einfach diese Stadt vollplakatieren.

Es kann nicht wahr sein, dass Repression unsere Probleme lösen soll. Das tut sie nie und das wissen wir.

Es wäre schön, wenn sich Leute anschließen, eigene Plakate machen oder sich einfach beteiligen im öffentlichen Raum. Weil betteln ist ein Phänomen des öffentlichen Raumes. Und heute beispielsweise wollen wir ein Papier verabschieden, wo wir andere Leute einladen unsere Inhalte zu teilen und zu unterzeichnen, gerne als politische Gruppen, als Einzelpersonen, wie Leute Lust haben sich da kenntlich zu machen. Weil uns scheint es schon, als ob ganz viele Leute das auch wirklich ablehnen, mindestens diese tausend Euro für bettelnde Menschen. Wir müssen, dass irgendwie weggewuppt bekommen, genau dazu laden wir herzlich ein. Das wird jetzt demnächst publiziert und wir würden uns freuen, wenn sich ganz viele Leute beteiligen und zeigen, dass das kein Mensch will und dass das nicht die Antwort auf das Betteln sein kann.

Anarchistischer-Hörfunk: *Wie können Menschen Zugang dazu erlangen? Über die Gruppe Polar - Website? Oder gibt es noch eine Gruppenwebsite?*

Maja Schneider: Wir haben als Bettellobby keine eigene Homepage, wir teilen das auf den einzelnen Gruppen. Bei Polar wird´s das geben und den anderen Websites. Wir schicken das über unsere Verteiler an andere Gruppen, Medien und Sozialverbände, so dass die das intern verteilen können. Angefangen bei der AG Streetwork und wir hoffen, dass sich vielleicht auch mal die eine oder andere Kirche findet, weil auch die geht´s was an. Das ist so ein bisschen auch deren Kerngeschäft sich da mal einzusetzen. Also das ganze Thema soll breit werden. Weil ich glaub die Perspektivfragen und der Umgang miteinander sind vielleicht ganz unterschiedlich, aber da ist so ein Punkt erreicht wo letztendlich klar ist da braucht es Solidarität. Und es braucht halt auch die Akzeptanz, weil diese Stadt ist eben nicht nur die Frauenkirche mit ihren schönen Plätzen, sondern auch Armut in der Stadt. Und unsere Forderung ist, dass die eben auch sichtbar gemacht werden muss, weil wo Armut ist, muss man sie sehen können. Sonst denken alle, sie trinken einen Kaffee an der Frauenkirche und die Welt ist ok, aber die ist halt überhaupt nicht ok. Betteln als Menschenrecht auf die Straße zu tragen, das zu dürfen das ist auch eine Forderung.

Anarchistischer-Hörfunk: *Vielen Dank für das Interview. Als Abschluss, der Stadtratstermin wurde auf den November vertagt. Also bis dahin jetzt den öffentlichen Druck nochmal ganz deutlich erhöhen?*

Maja Schneider: Genau, jetzt nochmal anziehen. Bis Mitte November noch mal richtig Stress machen und deutlich machen, dass wir das so nicht akzeptieren, dass die Polizei Empfehlungen ausspricht wie hier mit armen Leuten umgegangen wird. Das ist auch gar nicht deren Job, also überhaupt gar nicht.
Und deswegen sind wir der Meinung es braucht Solidarität. Dann gemeinsam schauen, was gute Lösungen für die Menschen sind, was sie brauchen und unterstützen.

Das Interview wurde im Rahmen der Sendung des Anarchistischen Hörfunks zum Thema Solidarität aufgenommen und kann auch nachgehört werden unter https://and.notraces.net/de/radio/

Weitere Informationen zur Bettellobby findet ihr unter http://gruppe-polar.org und https://www.facebook.com/gegenantiromaismus oder http://gegenantiromaismus.org/



Der Anarchistische Hörfunk aus Dresden ist ein Teil des Anarchistischen Netzwerks Dresden (AND). Einige Mitglieder dieses Netzwerks fanden sich im Frühjahr 2017 zusammen, weil sie Lust hatten, gemeinsam eine anarchistische Radiosendung zu gestalten. Seit Mai 2017 strahlt die Gruppe einmal im Monat eine einstündige Sendung aus. Im Jingle des Radios heißt es: *„Wir reden über anarchistische und antiautoritäre Ideen in Theorie und Praxis, Geschichte und Gegenwart.*"
Bisher hat das Radio 6 Sendungen ausgestrahlt, mit sehr unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten, welche vom 1. Mai, über Bildung, Knast und Strafe, den G20 Gipfel bis hin zu Parlamentarismus und Wahlen, und Solidarität reichen. Vor jeder Sendung treffen sich die Mitglieder, welche gern an der nächsten Sendung mitwirken wollen, in lockerer Runde und alle können Ideen und Vorschläge einbringen, welches das zentrale Thema der kommenden Sendung sein soll. Nachdem sich auf ein Thema geeinigt wurde, beginnt der tiefere Prozess der Gestaltung, wobei sich sehr unterschiedlicher Medien und Methoden bedient wird. Sowohl Interviews als auch Diskussionsrunden mit verschiedenen Teilnehmer*innen sind Teil der Sendung. Es wird versucht, immer einen informativen Teil mit Input vorzubereiten, aber auch Musik spielt eine wichtige Rolle, welche dann zwischen den verschiedenen Beiträgen gespielt wird. Dabei werden nur Songs, welche nach der Creative Commons Lizenz frei zur Verfügung stehen, benutzt.

Der AHD freut sich natürlich immer über neue Leute, die auch Lust haben, mehr über Radio zu erfahren und auch selbst an einer Radiosendung mitwirken wollen. Falls DU also auch Lust hast, dann komm einfach zu einem unserer Treffen, näheres erfährst du entweder über die AND Website oder im Malobeo. Und natürlich kannst Du uns auch gerne hören, also, schalte ein:

Jeden 3. Sonntag im Monat, 16-17 Uhr, bei ColoRadio auf 99,3 und 98,4 MHZ

(Und falls Du es mal nicht schaffst, genau zu diesem Zeitpunkt zuzuhören, kannst du auch alle Sendungen auf https://and.notraces.net nachhören!)

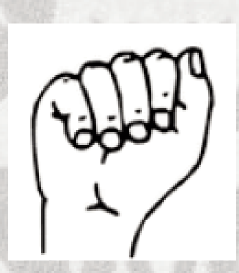
THE NEXT MORNING...
GET A JOB, GO TO WORK,
GET MARRIED,
GET A MORTGAGE,
IS THIS FREEDOM?

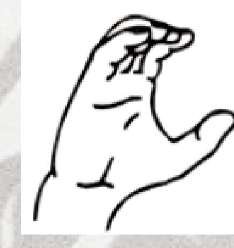
IS THIS LIVING?
HAVE CHILDREN,
WATCH TV,
SAVE FOR YOUR OLD AGE,
FOLLOW FASHION,
ACT NORMAL,
OBEY THE LAW, ALWAYS WALK ON THE PAVEMENT...

Hamburg: Linke Gewalt eskaliert!

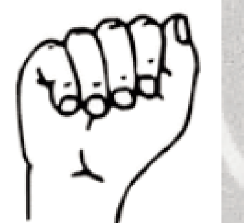
So feige stürzten sich Autonome auf die Polizei:













Wer kämpft, muss auch mal innehalten zum Schmunzeln....

NEUANFANG IM MALOBEO

METAMORPHOSE EINES POLITISCHEN RAUMES

Das malobeo in der Dresdner Neustadt hat in den letzten Monaten starke Veränderungen und Umstrukturierungen durchlaufen. Der folgende Text soll diese nachvollziehbar und verständlich machen und besteht in Teilen aus Beiträgen des malobeo-Blogs.

Ausgangspunkt und Bruch im Verlauf des Ladenalltags war die vorübergehende Schließung des Ladens Mitte Juni 2017. Diese hatte vielschichtige Beweggründe:

Mit dem malobeo hatten wir ursprünglich den Anspruch einen selbstorganisierten, politischen Raum zu schaffen. Die Basis für einen Solchen sind aus unserer Sicht ein solidarischer Umgang miteinander, gegenseitige Rücksichtnahme und das Erkennen und Wahrnehmen eigener Verantwortung. Leider mussten wir in den vorangegangenen Monaten feststellen, dass uns die Umsetzung dieser Vorstellungen nicht in dem Maße gelungen war, wie es unseren eigenen Ansprüchen genügt hätte. Daraus sind finanzielle Schwierigkeiten entstanden, eingeschränkte Teilhabe hat politische Prozesse gelähmt und vor allem hat es dazu geführt, dass nicht wenige Menschen sich aus verschiedenen Gründen im Laden unwohl fühlten.

Nun ist die Welt, in der wir alle aufgewachsen sind und die uns täglich umgibt geprägt von Herrschaftsmechanismen. Niemand kann sich von diesen vollständig frei machen, solange das herrschende System besteht, auch wir nicht. Natürlich macht es uns dieser Umstand schwer, unser Zusammenleben ganz anders zu organisieren. Deswegen braucht es besondere Anstrengungen, um diese Mechanismen zu überwinden.

Wir glauben, dass es zu dieser Zeit verschiedene organisatorische Hindernisse gab, Schwellen, die es vielen Menschen schwer gemacht haben, an diesem Projekt teilzuhaben (etwa die Zentralisierung aller Entscheidungen auf das Ladenplenum). Wir sind dadurch über die Zeit mehr zu Dienstleister*innen geworden. Es ist uns nicht gelungen, verschiedene politische Inhalte zu transportieren, die uns wichtig sind und der politische Anspruch ist immer mehr einem Raum gewichen, der mehr oder weniger der eigenen Freizeitgestaltung diente.

Um einen Bruch mit dieser Situation im Laden umzusetzen, hatten wir uns entschlossen, das malobeo auf eine vorerst unbestimmte Zeit zu schließen. Diese Entscheidung ist uns nicht leicht gefallen, aber wir hielten es für notwendig, gerade auch diese Lücke zu dokumentieren, die der Zusammenbruch von Selbstorganisierung für uns alle bedeuten kann.

Wir wollten die Struktur des Kollektivs radikal umorganisieren und den Fokus auf Selbstorganisierung legen. Damit war insbesondere gemeint, dass man verschiedene Ansätze erprobt: wie eine Gesellschaft fernab vom Verwertung organisiert werden kann, wie Entscheidungen im Konsens getroffen werden können, wie man trotzdem so viele Menschen wie möglich einbeziehen kann und wie Solidarität praktisch erlebbar wird.

Die Entscheidung, den Laden zu schließen und die damit verbundenen Diskussionen waren emotional sehr aufwühlend und haben viele Menschen aus dem Ladenkollektiv traurig und durchaus hoffnungslos zurückgelassen. Umso positiv überraschter waren wir von der großen Anteilnahme und Unterstützung durch lokale Strukturen und die zahlreiche Partizipation an den darauf folgenden Prozessen. In mehreren offenen Treffen, außerhalb der Räume, aber auch vor Ort wurde das malobeo tatsächlich stark umgestaltet.

Als erster und vielleicht wichtigster Schritt wurden Arbeitsprozesse aus dem zentralen Ladenplenum in einzelne Arbeitsgruppen verlegt, die beispielsweise an der Raumgestaltung, finanzieller Organisation oder Veranstaltungsplanung arbeiten, aber auch regelmäßig überprüfen, ob der Raum und seine Gestaltung sicher stellen, dass er für alle Menschen zugänglich ist. Die Räumlichkeiten selbst wurden umgestaltet und deutlich stärker auf den Charakter als Info-Café und Bibliothek ausgelegt.

Es wurden grundsätzliche Regelungen und ein Basiskonsens erarbeitet, die als Maßstab für Entscheidungen innerhalb des Ladens dienen sollen. Offene AG-Treffen und eine allgemein zugängliche Kommunikation über Infowände, aber auch eine interaktivere Internetseite sollen es möglich machen, ohne signifikante Hürden, an der Gestaltung des Ladens mitwirken zu können.

Die Vision, die sich in dieser Zeit herausgebildet hat, ist die eines politischen Raumes, der für alle zugänglich und nutzbar ist, dessen Entscheidungen für so viele Menschen wie möglich transparent, nachvollziehbar und beeinflussbar sind, eines Raumes in dem alle, die ihn nutzen, sich als Teil des Kollektives verstehen und sich dafür verantwortlich fühlen, dass er seine volle Wirkung entfalten kann.

Uns ist durchaus bewusst, dass soziale Experimentierräume, wie das malobeo immer der Gefahr unterliegen, Wohlfühlinseln, gesellschaftliche Blasen zu werden, die von einer ganz anderen Welt umgeben sind. Sie können leicht zu isolierten Zonen werden, in denen gesellschaftliche Prozesse nicht die gleiche Rolle spielen, wie vor ihrer Tür, deren Wirkung aber genau an eben jener Türschwelle endet. Wir erhoffen uns aber von einer maximalen Öffnung des Raumes und den Risiken, die dieser durchaus anhaften, dass es uns gelingt genau dadurch mehr zu bewirken. Nämlich dafür zu sorgen, dass dieser Raum seine Wirkung nicht nur auf jene ausübt, die ihn nutzen und gestalten, sondern auch in einen Stadtteil wirkt, zu dessen Konsumfetisch und Vergnügungssucht er ein Kontrapunkt zu sein versucht.

Kurz um: Das neue malobeo ist seit Anfang September wieder geöffnet. Vieles hat sich verändert, vieles sieht anders aus, fast alles ist anders organisiert, aber einiges ist auch geblieben, vor Allem eines: Der Wunsch nach einer anderen, einer besseren Welt. Der Wunsch nach einer Gesellschaft, in der Verwertung und Kapitalismus, in der Unterdrückung und Herrschaft, Hierarchien und Klassenwidersprüche der Vergangenheit angehören.
Der Anspruch unversöhnlich zu sein, mit einer Gesellschaft, die geprägt ist von eben diesen Faktoren, der Wille gegen diese Mechanismen anzukämpfen, uns dabei gegenseitig zu unterstützen, uns zu Komplitz*innen zu machen und uns immer wieder zu inspirieren und anzustiften.

Wir laden alle Menschen ein, die diese Vision mit uns teilen: Kommt vorbei und lernt den Laden kennen! Trinkt mit uns eine Mate, kritisiert uns, bringt euch und eure Ideen ein! Das malobeo sind wir alle.



Wir beenden diesen Text mit einem Zitat aus dem neuen Basiskonsens des malobeos, dass ihr vollständig auf unserer Homepage (malobeo.fueralle.org) nachlesen könnt:

„Als politischer Raum ist das malobeo offen für politische und gesellschaftliche Diskurse, Gruppen und Veranstaltungen. Wir arbeiten offensiv darauf hin, die beschriebene Form der Selbstorganisierung in andere Lebensbereiche zu übertragen. Wir geben uns nicht damit zufrieden, eine Insel in den bestehenden Verhältnissen zu sein, sondern wollen ein erfolgrei-ches Beispiel dafür werden, dass eine gerechte und freie Gesellschaft möglich ist.

Wir wollen die Kämpfe aller emanzipatorischen Gruppen verbinden und unser aller Vereinzelung überwinden. Wir leben Solidarität, wo immer wir können.

Uns ist bewusst, dass verschiedene Kompromisse mit den bestehenden Verhältnissen mitunter nötig sind. Auch wir müssen für Strom, Wasser und die pure Möglichkeit diese Räume zu nutzen, bezahlen. Wir tragen die Folgen dieser Kompromisse solidarisch und zusammen und wir hinterfragen sie immer auf's Neue.

Wir wollen uns mit diesen Kompromissen nicht ab-finden. Wir wollen uns mit dieser Welt, wie sie ist, nicht abfinden. Das malobeo ist Bestandteil des Kampfes für eine andere, eine bessere Gesellschaft, für ein gutes Leben für alle und für die Freiheit aller.“

Antifa heißt

- KOMMENTAR ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

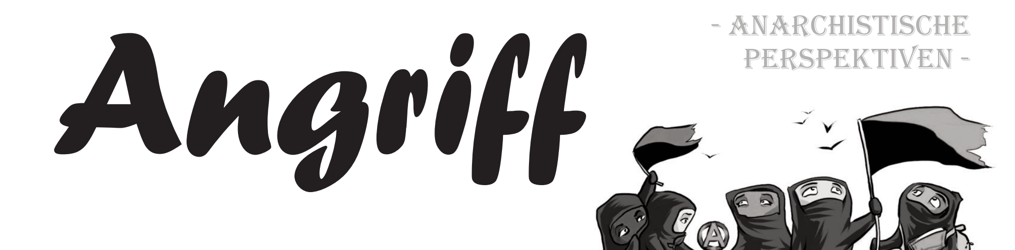
Die Bundestagswahl 2017 liegt hinter uns. Allerorten liegt die Gesellschaft im Schock. Ganz besonders in Sachsen können die Menschen nicht fassen, wie es zu den erdrutschartigen Siegen der AfD im ländlichen Bereich, aber auch in den Großstädten kommen konnte.
Wer die politische Entwicklung der letzten Jahre mit offenen Augen beobachtet hat, den kann das Ergebnis dieser Wahl nicht wirklich verwundern. Insofern müssen wir den Schock über dieses wohl eher als Ausdruck der Ratlosigkeit über Umgang und Konsequenzen betrachten. Der folgende Text unternimmt den Versuch, solche zu skizzieren. Viele Aspekte können dabei aber nur vergleichsweise oberflächlich angerissen werden. Eine vollständige und tiefergehende Analyse bedürfte ausführlicher Betrachtung und muss auch im regionalen Kontext bewertet werden.

Die völkisch-nationalistischen Anteile der Bevölkerung überschlagen sich mit nationalsozialistischer Siegerrhetorik, Vernichtungs- und Allmachtsfantasien. Es wird darauf ankommen, nicht in die Falle zu laufen, diese als bereits reale Bedrohung zu betrachten. Umgedreht dürfen wir nicht den Fehler machen, das Ergebnis für harm- und belanglos zu halten. Unbestreitbar gibt es Erkenntnisse, die diese Wahl uns hinterlässt. Erkenntnisse darüber, was es über Bord zu werfen gilt, aber auch Erkenntnisse über Umgang und Strategien, die eine radikale Linke nun finden muss.
Bürgerliche Strategien zum Umgang mit Faschismus, die die Wahl nicht überlebt haben
Es kann nur gehofft werden, dass das Wahlergebnis einen Zombie unter den Parlamentarismus-Mythen endgültig entsorgt hat: „Wer nicht wählt, wählt Rechts."
Hätte man, mittels erhöhter Wahlbeteiligung, die AfD aus dem Parlament drängen wollen, so hätte diese oberhalb 90% betragen müssen. Eine utopische Vorstellung, die im Übrigen einschließt, dass keine dieser zusätzlichen Wählenden selbige hätten ankreuzen dürfen.

Ebenfalls dem Wahlergebnis zum Opfer gefallen, so scheint es, ist die Idee der „Entzauberung" der AfD, die man dadurch erreichen zu können glaubte, dass man die Vertreter*innen dieser Partei als nicht fähig vorführt, am parlamentarischen Alltag teilzunehmen. Was hat sich die bürgerliche politische Kaste nicht amüsiert, über AfD-Abgeordnete, die offensichtlich blödsinnige Anträge stellen, die vergessen für ihre eigenen Vorschläge zu stimmen und nichts anzubieten haben, als grade zu grotesk simple Antworten auf komplexe Sachverhalte.
Allerdings scheint es, als sei es an der Zeit zu begreifen, dass das dem „Zauber" dieser Partei keinen Abbruch tut. Die AfD wird von vielen ihrer Wähler*innen nicht trotz ihrer dekomplexitären, schlichten Art unterstützt, sondern deswegen. Diese bewusst ungeschickt anmutende Attitüde ist Teil einer Inszenierung als „die wahre Stimme des Volkes".

Angriff

- ANARCHISTISCHE PERSPEKTIVEN -



Die Wähler*innen verzeihen sie nicht nur, sie belohnen sie. Der Trugschluss, man könne diese Art Politik zu machen bloßstellen, indem man sie derart belächelt (und damit verharmlost), entstammt dem Selbstbild einer Klasse von durchgestylten, durchchoreographierten Politprofis, für die Politik seit Generationen ein Karriere-Entwurf ist und die sich einzureden gelernt hat, die Menschen würden die Effizient, Bürokratie und Professionalität von Verwaltung und Vertretung schätzen.
Diese Strategie macht es sich deutlich zu einfach und führt uns zu einer anderen, die sich hoffentlich überlebt, mindestens aber als nicht wirksam erwiesen hat: Der „neutrale" Diskurs.

Der Geist der sog. „Akzeptierenden Sozialarbeit" lebt dieser Tage fort im Diskurs mit allerlei Menschenfeind*innen, Faschist*innen und anderen diskriminierenden Positionen. Ihm liegt die Annahme zu Grunde, man könne Menschenfeindlichkeit in der inhaltlichen Auseinandersetzung demaskieren und dadurch unschädlich machen. Diese Idee kalkuliert jedoch eine unbequeme Wahrheit nicht ein:
Könnte es nicht sein, dass ein großer Teil derer, die solche Ideologien, in Entscheidungspositionen wählen, dies bewusst tun, es aber mindestens einmal in Kauf nehmen? Wäre es dann nicht wirklich einmal an der Zeit, sich mit aller gebotenen Konsequenz mit der Möglichkeit auseinander zu setzen, dass weite Teile der Bevölkerung dieses Landes zutiefst empfänglich sind, für Rassismus, für Antisemitismus, Sexismus und faschistoide Politik? Man begegnet diesen Machtfantasien des neuen/alten Faschismus nicht dadurch, dass man ihn in jede Talkshow und auf jede Bühne einlädt. Man begegnet ihm nicht, indem man „Ausgewogenheit" damit verwechselt, dass man elementare Grundregeln des Zusammenlebens (die Gleichwertigkeit der Menschen) zu Disposition stellt und man begegnet mit verdammter Sicherheit nicht dadurch, dass man versucht, faschistoide politische Positionen in den Kanon der vertretbaren, ja der eigenen Positionen aufzunehmen und bspw. als CDU der AfD thematisch das Wasser abzugraben.
Nein – die AfD war von Anfang an eine geschickte Inszenierung als „einziger Ausweg aus dem Status Quo". Bereits der Name drückt diesen Anspruch aus: Alternative zu sein zur Alternativlosigkeit des Neoliberalismus, zur immer schneller rotierenden Spirale der wirtschaftlichen Umverteilung.

WAS NUN?

Die Frage, die sich an dieser Stelle aufdrängt, ist die nach dem „wie weiter". Hierzu gilt es zunächst einmal festzuhalten, dass sich in der Sache nicht viel verändert hat. Es sind lediglich gesellschaftliche Tendenzen und Entwicklungen sichtbar geworden, vor denen weite Teile der antifaschistischen Linken schon seit längerer Zeit warnen.

Sie liegen nun offen, als klaffende Wunde einer postmodernen Gesellschaft, die sich schon für viel weiter fortgeschritten hielt, im emanzipatorischen Prozess und die sich dies vor Allem einreden konnte, indem sie all diese hässlichen Seiten ihrer selbst unter den Teppich des Tabus gekehrt hat. Dass sie nun an die Öffentlichkeit gezerrt sind, ist, bei allen Gefahren, die sich daraus ergeben, nicht ausnahmslos schlecht.
Es gilt aber hieraus Erkenntnisse zu ziehen, die hier wie folgt zusammengefasst werden sollen:

1. DIE ANTWORT LIEGT NICHT IM BÜRGERLICHEN PARLAMENTARISMUS

Nimmt man die Schlüsse, die im ersten Teil des Textes gezogen worden sind, ernst, dann muss sich daraus der Schluss ableiten, dass sich Faschismus im Parlament nicht mehr bekämpfen lässt.
Menschenverachtende Politik, die es bis auf diese Ebene geschafft hat, vorzudringen, ist Ausdruck des Scheiterns bürgerlicher Strategien. Möglicherweise muss man sich von der Idee verabschieden, dass die Lösung für Probleme wie soziale Widersprüche, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit nicht in den Mechanismen liegen kann, die diese erst hervorgebracht haben.
Diese Gesellschaft ist nicht nur unfähig, Faschismus aus sich selbst heraus konsequent und nachhaltig zu bekämpfen, sie ist seine Wurzel. Der Faschismus ist gewissermaßen die autoritäre Eskalation einer autoritären und auf Verwertung, Diskriminierung und Verachtung gegründeten Gesellschaft. Denn was ist Faschismus anderes, als den allgegenwärtigen Maßstab der Verwertung konsequent auf alle Gesellschaftsbereiche anzuwenden, auch auf Menschenleben selbst? Man könnte ihn als das konsequente Zu-Ende-Denken der kapitalistischen Verwertungslogik bezeichnen.
Die Konsequenz aus dieser Erkenntnis wäre, sich von der Hoffnung in die parlamentarischen Instrumente zu verabschieden, nicht mehr auf Rettung durch den Staat und seine Organe zu hoffen, sondern die Probleme selbst anzugehen, abseits der Wahlkabinen.

2. ORGANISIERT EUCH!

Hieraus folgt fast zwangsläufig die Notwendigkeit nach eigener Aktionsfähigkeit. Die viel beschworenen „eigenen Lösungen" sind nicht allein dadurch umsetzbar, dass wir Demonstrationen besuchen, Aktionen unterstützen oder halbherzig Solidarität mit Betroffenen bekunden.

Was es viel mehr braucht, ist eine breite Organisierung jener Menschen, die die herrschenden Zustände radikal verändern wollen. Dabei darf die Aufgabe des organisierten Widerstandes nicht allein bestehenden Politgruppen aufgeladen werden. Eine breite und befreiende Organisierung muss hier bereits in viel kleineren Organisationseinheiten ansetzen.
Bezugsgruppen, die sich bereits gefunden haben, sich regelmäßig treffen, um sich über Aktionslevel, inhaltliche Positionen, ihre gegenseitigen Befindlichkeiten austauschen, machen nicht nur diese selbst aktionsfähig und versetzen sie in die Lage schnell auf äußere Faktoren zu reagieren, sie befördern auch das Planen eigener Aktionen und was am allerwichtigsten ist: Sie sorgen dafür, dass Menschen nicht zurückbleiben. Die bestehende Gesellschaftsordnung ist auf die Vereinzelung des Individuums ausgelegt. Sie lehrt uns, uns gegenseitig als Konkurrenz und Bedrohung wahrzunehmen.

Die kleinteilige Organisierung in Aktionsgruppen, Wohngemeinschaften, Nachbarschaftsgruppen und vielem mehr kann uns und anderen wieder das Gefühl solidarischen Zusammenlebes geben. Sie ermöglicht uns, uns gegenseitig aufzufangen, vor Überforderung zu schützen und uns gegenseitig wieder als das wahrzunehmen, was wir sind: potenzielle Kompliz*innen, Genoss*innen und Verbündete im Kampf für eine bessere Gesellschaft.

3. DAS GEFÜHL FÜR DIE EIGENE RADIKALITÄT

Aus dieser Ausgangslage wird es möglich sein, die eigene radikale Kritik wieder in einer Weise zum Ausdruck zu bringen, die jetzt dringend nötig ist.
Das Wahlergebnis, wie viele davor und wohl noch einige in der nahen Zukunft, versetzt die repressive Gesellschaft und ihre faschistoiden Ausläufer in gefährliche Machtpositionen. Der AfD, aber nicht nur ihr, wird es nun möglich sein, gefährliche, professionelle Strukturen zu schaffen, die bis weit in den staatlichen Apparat hineinreichen. Diese Strukturen gilt es anzugreifen und, wo es geht und auf allen Ebenen zu sabo-tieren. Der rechte Backlash lässt sich nur verlangsamen, indem wir ihm strukturell schaden, mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Noch wichtiger scheint es aber, die eigene Vorstellung, die einer herrschaftsfreien und klassenlosen Gesellschaft sichtbar und vor allem erlebbar zu machen. Es gilt zu zeigen, dass der postmoderne Neoliberalismus eben nicht „alternativlos“ und die bestehende Gesellschaft eben nicht „das beste vorstellbare System ist“.

Wenn es uns gelingt, diese Erkenntnis zugänglich zu machen für alle, wenn sie erlebbar wird für jene, die diese Hoffnung dringend brauchen, dann ist viel erreicht. Dazu wird es aber nötig sein, sich nicht nur aus dem Abwehrkampf gegen Rechts heraus zu bewegen (der ohnehin oft Gefahr läuft ein Kampf für die herrschenden Verhältnisse und gegen das vermeintliche kleinere Übel zu werden), sondern auch aus der eigenen Wohlfühl-Zone. Es wird bedeuten, sich mit Menschen auseinander zu setzen, denen keine abgeschlossene (linke) Analyse ihrer eigenen Situation oder gar eine reine Lehre abzuverlangen ist. Es wird bedeuten, politische Positionen da hin zu tragen, „wo es weh tut“, nämlich in den Lebensmittelpunkt marginalisierter Menschen. Eine radikale Linke, die erlebbare Alternative zum Herrschenden sein will, kann sich nicht in den „eigenen“ Zentren, Kiezen und Universitäten verschanzen. Sie wird diese Diskussionen, Kämpfe und Auseinandersetzungen führen müssen. Grade hier ist es wichtig, der bestehenden Gesellschaftsordnung den Einfluss auf Lebensbereiche, auf Ideen und Gefühle zu entziehen. Grade hier können wir am Wirksamsten sein.
Das viel zitierte Beispiel der sozialen Kämpfe in Griechenland, konnte vor allem deshalb erfolgreicher sein als andere, weil es dort gelungen ist, grade die Menschen zu erreichen, die die Krisen des neoliberalen Kapitalismus am stärksten getroffen hatten.

Zusammenfassend kann eine Antwort auf den rechten Backlash im Moment vor allem lauten:

Raus aus der Bubble! Rein in die sozialen Kämpfe! Organisiert euch!

Und vor allem: Antifa heißt Angriff!

Halt! Jetzt reichts, ich geh zur

FAU

Die FAU Dresden ist eine lokale Föderation aus verschiedenen AGs und Branchengruppen, in Summe ein sogenanntes Syndikat. Sie ist auf regionaler, bundesweiter und internationaler Ebene mit anderen Syndikaten verbunden. Als anarchosyndikalistische Organisation soll sie einerseits ein Werkzeug sein, um alltägliche politische und soziale Verbesserungen zu erarbeiten und zu erkämpfen. Andererseits soll sie aber auch die regionale Keimzelle für die Organisation einer libertären Gesellschaft darstellen.
Unsere Arbeit ist daher eine Mischung aus klassischer Gewerkschafts- und Sozialarbeit (aus einem klassen-kämpferischen und libertären Blickwinkel), Aufbau von Projekten und Betrieben, klassischer Politgruppenarbeit auf der Straße und im Viertel, Vernetzungs- arbeit (im lokalen wie im internationalen) und gegenseitiger Weiterbildung zur Kon-kretisierung und Planung unserer Utopien.

Die alltägliche Arbeit syndikalistischer Strukturen besteht – logischerweise – aus Beratungen, u.a. zu Jobcenter und betrieblichen Situationen. Erfreulich für unsere Erwerbslosenarbeit ist, dass immer öfter Menschen zu uns kommen, BEVOR sie eine Ein- gliederungsvereinbarung unterzeichnet haben, Das erweitert die Handlungsspiel-räume um aus dem Jobcenter gemeinsam das rauszuholen, was die betroffenen Kolleg_innen jeweils am meisten brauchen.

Betrieblich sieht der Trend hier leider noch nicht ganz so rosig aus. Zwar können wir feststellen, dass sich die FAU als Gewerkschaft insgesamt langsam an größere, bundesweite Unternehmen selbstbewusst heran wagen kann und sogar mal eben die einzig aktive Gewerkschaft im Betrieb wird – wie die aktuellen Organisationserfolge und Kämpfe bei den Lieferservices Foodora und Deliveroo zeigen. Hier profitieren wir von arbeitsteiliger Organisation und einer breiten Gewerkschaftserfahrung der gesamten FAU. Leider kommen im Alltag aber immernoch viele Kolleg_innen zu uns, wenn sich eigentlich schon nichts mehr retten lässt. Möglichkeiten effektiver gewerkschaftlicher Intervention und des Kampfes gegen immer prekärere Lebens- und Arbeitsbedingungen setzen i.d.R. früher an. So macht es uns auch weiterhin betroffen, wenn wir linke und anarchistische Kolleg_innen sehen, die in prekären Verhältnissen wie Scheinselbstständigkeit arbeiten ohne sich zu organisieren und so Verschärfungen der Situation mit ermöglichen. Das es nicht immer so sein muss, zeigen uns diverse frisch eingetretene Kolleg_innen u.a. aus der Bau- und Bildungsbranche. Diese diskutieren sowohl betriebliche Verbesserungen in regulären Betrieben als auch die Gründung von Kollektivbetrieben.

Um über diese konkreten Verteilungskämpfe in der kapitalistischen Ungerechtigkeit hinaus zu weisen, Schritte hin zu einer selbstverwalteten Bedarfswirtschaft zu machen, halten wir die Beförderung von gesellschaftlicher Debatte für unverzichtbar. Aus diesem Grunde sind wir mit Demos und Aktionen auf der Straße, diskutieren mit Leut aus Dorf, Kiez und Betrieb, reisen mit Vorträgen herum, organisieren Vernetzungstreffen, Bildungs- fahrten und vieles mehr.

Eingeladen mitzumachen

Die FAU ist keine abgeschlossene Gruppe oder Organisation. Sie ist ein offenes Organi-sationsangebot, für jene, denen die Überwindung des Kapitalismus als Notwendigkeit für ein schönes Leben erscheint und die sich nach Selbstverwaltung und Kooperation in allen Berreichen sehnen.
Wir möchten daher alle einladen, dass was wir machen mit uns zu diskutieren, unsere Projekte zu verstärken, zu verändern, neue Projekte in der FAU anzustoßen – ob einzeln oder als Gruppe. Was uns eint, ist unser Wille zu einem diskriminierungsfreien, respektvollen Miteinander, zu Entscheidungen an der Basis, lokaler Autonomie, Föderalismus und direkter Aktion. Wir haben soviel mehr vor, haben tausende Ideen für eine schönere Welt – doch dafür brauchen wir euch! Wir würden uns freuen, von euch zu hören!

FAU Dresden Januar – November 2017

Betriebliche Beratungen	11
ALGII-Beratungen	10
Demos & Kundgebung	4
Gedenkaktionen	4
Vorträge etc. & Führungen	48 mit ca. einzelnen 410 Teilnehmenden
Vermittelte Räumlichkeiten für Urlaub	ca. 25
Kuturveranstaltungen	3

Strukturen und AGs der FAU Dresden

IT'S TIME TO ORGANIZE!

- BNG – Basisgewerkschaft Nahrung und Gastronomie
- CyndiCat – Branchengruppe Kunst und Kultur (ruht, aktuell Weiterführung oder Neuaufbau erwünscht)
- Bildung – AG Hochschulgruppe, Betriebskontakt in freiem Bildungsträger, AG Unbezahlte Praktika, Branchenvernetzung
- AG Feministische Kämpfe, u.a. Mitarbeit bei der SexWorkersSolidarity
- AFA – AG zu antifaschistischem Engagement und Repression
- SRB – Schwarz-Rote Bergsteiger_innen, Tourismus, Bergsport, Geschichtsforschung,Gedenkarbeit, Arbeit in der Region Sächsische Schweiz
- AG Büro
- AG Betriebsorganisation
- AG Arbeitsrecht
- AG Schüler_innenberatung
- Weitere Arbeitsgebiete ohne AG: Pressearbeit, Social Media, Erwerbslosenunterstützung, Freiräume, Unterstützung Gefangenengewerkschaft, überregionale Vernetzung, Veranstaltungsschutz & Awareness



Kompliziertes Leben verstehen

Ich lebe schon seit einer Weile in Deutschland. Als ich hierher gekommen bin, habe ich verstanden, dass ich vieles lernen muss: von der Sprache bis hin zu komplizierten Verkehrsregeln, welche nicht so viel Freiraum für Interpretationen erlauben. Das war klar, und ich habe mich damit beschäftigt.
Es war schwer jeden Tag zu lernen und zu versuchen mich nicht wie ein drei-vierjähriges Kind auszudrücken. Verdammt, es ist immer noch schwer, weil es nicht meine Muttersprache ist und immer, wenn ich spreche, habe ich das Gefühl, dass die Menschen mich nicht verstehen. Vielleicht ist es die Sprache, aber vielleicht ist es manchmal auch eine Frage von unterschiedlichen Perspektiven.

So oder so, abgesehen davon die Sachen zu lernen, die mir eh klar waren, wurde ich damit konfrontiert, dass viele Sachen, die ich schon kannte, anders erklärt wurden. Aber es waren andere Perspektiven auf die selben Sachen. Angefangen bei kulturellen Dingen, die erklären wie und was gegessen und wie gekocht wird, bis hin zu tiefen philosophischen Fragen über das Leben und die Politik.

Mensch könnte denken, dass alle eine eigene Lebensphilosophie vertreten, aber wenn du als Migrant*in mit diesen Fragen konfrontiert bist, tendieren die Menschen dazu zu generalisieren: *"die Dinge funktionieren hier so"* oder *"wir machen es halt so"*. Und ich verstehe solche Erklärungen im Kontext von - mit einem Licht am Fahrrad fahren. Das macht Sinn für mich!
Aber wenn Menschen mir politische Fragen auf die gleiche Weise erklären, weckt es einige Fragen in meinem Kopf.

Mehr und mehr habe ich mich in Situationen wiedergefunden, wo ich mit Menschen aus linken Kreisen oder einfach normalen Menschen aufgeregte Diskussionen über verschiedene Aspekte von Politik führte. Wenn mir als Erstes der Begriff "links" und was darunter in Deutschland verstanden wird, versucht wurde zu erklären, dann wurde mir erklärt, was mit Demokratie gemeint ist und warum es deshalb auch so wichtig sei, dass "*PEGIDA*" eine Chance haben muss sich in dieser Gesellschaft zu äußern. Und meine eigenen "Demokratie"-Erfahrungen wurden auf die Ebene eines Barbaren runtergestuft, welcher nichts versteht. Ich brauche einfach einen Integrationsprozess, welcher mich in einem Anzug und auf den Arbeitsmarkt platziert. Oder ich muss mich in *"die Linke"* integrieren.

Angesichts dessen, dass du dieses Magazin liest, nehme ich an, dass du verstehst, dass ich mich in beides nicht integriert habe. Eigentlich kotzt es mich immer wieder an, wenn mensch anfängt über die Integration von Migrant*innen in die deutsche Gesellschaft zu sprechen. Denkst du, dass die, die russische, ukrainische, ungarische oder polnische Fahnen auf PEGIDA-Demonstrationen winken, sich in diese Gesellschaft gut integriert haben? Oder hast du eine andere Perspektive und denkst, dass sie einfach nicht verstehen, was es bedeutet in diesem Land zu leben? Beides ist falsch.

Menschen kommen nach Dresden aus der ganzen Welt, mit ihrem ganzen Leben hinter sich, mit ihren Perspektiven. Und wenn du ihre Erfahrung ablehnst und versuchst ihnen die Wahrheit über das Leben, das Universum und alles andere zu erklären, spuckst du auf die Erfahrungen dieser Menschen. Anstatt immer wieder zu versuchen zu erklären, versuch mal selber zu lernen. Du wirst eh nicht so viel Energie da rein stecken müssen, wie viele der Migrant*innen jeden Tag brauchen, um diesen komischen Ort zu verstehen, den ihr Deutschland nennt.

1. Ein besetztes Waldgebiet in der Nähe von Köln.
2. Wo findet der nächste AFD-Parteitag statt?
3. Welche Dresdner Instution feierte am 28.10. ihren Geburtstag?
4. "Kein Gott, kein Staat, kein ..."
5. Was feierte kürzlich 100jähriges Jubiläum? Die...
6. Queer-Feministisches Festival in Dresden
7. Coolstes Magazin ever
8. Wie heißen die in den Boden eingelassenen kleinen Gedenktafeln zur Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit?
9. "Die ganze Welt hasst die ..."
10. "Wenn ich nicht ... kann, ist es nicht meine Revolution!" - Emma Goldman
11. Wie heißt die Unterstützer_innen*gruppe, die sich anlässlich des in Dresden verurteilten Regenschirmbesitzers gründete?
12. Was können wir alle tun, um das Tierleid der Welt etwas zu mindern? Werde ...
13. Die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) ist eine anarcho... Gewerkschaftsföderation
14. Staat und Nazis Hand in Hand – Unsere Antwort ... !









Tu Dir keinen Zwang an,
schnapp Dir Buntstifte und male aus!

- Biete -

Your first name + your last name = Your Nazi-fighting name

So bad, even introverts are here.

- Platz - für eure Gedanken, Ideen, Kunstwerke, Fotos, Leserbriefe und mehr...

(in diesem Magazin)

circle-a@systemli.org

- Suche -

CMDD CRITICAL MASS DRESDEN
WIR BEHINDERN NICHT DEN VERKEHR
WIR SIND DER VERKEHR!
18:30 JEDEN LETZTEN FREITAG IM MONAT AN DER HALFPIPE AUF DER LINGNERALLEE

Der **Infoladen malobeo** sucht noch regelmäßige Spender*innen
Schon 5-10€ regelmäßig im Monat würden sehr helfen

malobeo@systemli.org
Schreibt Ihnen eine Mail oder sprecht sie vor Ort an, wenn ihr den Laden unterstützen möchtet.

Der Hambacher Forst braucht:

- vegane Lebensmittel (lang Haltbare, z.B. Konserven)
- Handys & aktivierte SIM-Karten
- Stirnlampen
- Kletterutensilien
- Digitalkameras
- Handsirenen
- Decken, Schlafsäcke, warme Kleidung

>>> die Sachen können im MALOBEO abgegeben werden

politische Bücher gesucht
für die malobeo-Bibliothek



23.08. - 30.08.	Internationale Soli-Woche für Anarchistische Gefangene
26. 08. - 03. 09.	**Schwarz.Rote Bergtage 2017**
04.09. - 10.09.	**Libertäre Tage 2017 Dresden**
16.09.	Malobeo Wiedereroffnung
24.09.	Rechtsruck
30.09. - 24.10.	Was heißt hier Siegerjustiz? https://iz-dresden.org/de/2017/09/07/87058/
02.10.-15.10.	KRETA („Kritischen Einführungstage“)
06.10.	Vortrag über die Arbeit der SRB im malobeo
06.10.	Vortrag der Kunst und Kultur-Sektion der FAU Dresden, danach Konzert
08.10.	Tageswanderung der SRB im Rahmen der Kritischen Einführungstage
23.10.	Gerichtsverhandlung von Oli
27.10.	SexWorkersSolidarity stellt sich vor, anschließend Konzert von Böse&Gemein
28.10.	Malobeo Geburtstag
28.10.	Hetz staat Hetze Dresden – Proteste gegen Pegida geburtstag

01.11.	Prozess gegen antifaschistische Aktivist_innen + Protest vor dem Gericht (Dresden)
01.11.	Erstes offenes Branchentreffen der Bildungsbranche von der FAU Dresden
09.11.	Gedenkspaziergang durch die Neustadt (vom AND)
11.11.	Releaseparty des neuen circle-a im malobeo mit Kuchen, KüfA und Quiz
11.11.	Demonstration „Ausbeutung beenden!“ in Chemnitz



Das waren die Schwarz-Roten Bergtage 2017

Fast anderthalb Wochen im Elbsandsteingebirge, 13 Vorträge/ Lesungen, 7 Touren, ca. 60-70 Leute. Die Schwarz-Roten Bergtage vom 27. August bis 3. September waren wieder ein voller Erfolg. Schon zum Aufbau waren viele nette Menschen angereist, am Samstag den 27. startete unsere Veranstaltung dann mit einem Eröffnungsplenum und einem Einführungsvortrag zu antifaschistischem Widerstand und Gedenkpolitik in der Region.

Der Sonntag wurde für eine Vernetzungsrunde und eine Einführung in Flora und Fauna der Umgebung genutzt. Am Abend beschäftigten sich parallele Vorträge mit grundlegenden Thesen des Anarchosyndikalismus, Anarchosyndikalismus auf dem Land und Anarchosyndikalismus als antifaschistische Strategie.

Unter der Woche folgten zunächst Wanderungen zur NS-Zeit in der Region, so zum widerständigen Dörfchen Struppen, zum späten KZ Schwalbe II und dem Aufstieg der NSDAP in Königstein, antifaschistischer Schmuggelarbeit um den Winterberg, dem Kriegsgefangenenlager am Königstein, einem Todesmarsch in Hinterhermsdorf, Widerstand ums Sebnitztal und der NS-Frauenpolitik.





Aufgelockert wurde das Wanderprogramm durch einen Workshop-Tag am Donnerstag. Hier stellten die Historiker Helge Döhrung (Institut für Syndikalismusforschung Bremen) und Achim Schindler (bedeutentster Lokalforscher zum Thema Widerstand im NS) ihre Arbeiten vor. In weiteren Vorträgen ging es um grünen Syndikalismus, Konzepte für organisierte Nachbarschaften und die Rolle der Frau in indigenen Widerstandsbewegungen Lateinamerikas.

Am Abschlussabend stellte sich schließlich die anarchistisch-rätekommunistische Hochschulgewerkschaft „unter_bau" aus Frankfurt am Main und die Föderation gewerkschaftlich organisierter Kollektivbetriebe „Union Coop" vor. Mit einer musikalisch-lyrischen Lesung zum Leben Erich Mühsams und anschließender Party nebst Lagerfeuer ging der Abend zu Ende.

Die Versorgung des Camps wurde koordiniert von der wundervollen KüFa-Gruppe Black Wok, unterstützt durch ein Abwaschkollektiv. Auch viele andere Projekte wie Mangelwirtschaft, Wums und AKuBiZ unterstützten die Veranstaltung nach Kräften. Dafür ein riesiges Danke!

In Erinnerung bleiben uns hunderte kleine Momente, gut Diskussionen am Feuer bis in die Nacht hinein, Programmpausen die schnell zum klettern genutzt wurden, die Einwürfe von hunderten Flugblättern in die Briefkästen der Dörfer, die praktische Pflege mancher Gedenkorte, das Singen im Duo, Quartett und Chor, die Gruppe die sich spontan gründete und nun an einem Liederbuch arbeitet, das Bouldern im Scheinwerferlicht, die gegenseitigen Versuche sich bruchstückhaft Tschechich beizubringen und vieles mehr. Was uns viele teilnehende Freund_innen sagten, können wir nur erwidern:

Die Schwarz-Roten Bergtage sind ein absolutes Highlight im Jahr

– wir freuen uns aufs nächste mal!







Kaffee kränzchen

18.11.2017 | 14 Uhr
malobeo | Kamenzer Str. 38



TERMINE

13.11.2017 18:00 Uhr	Strike Hard, Have Fun – and Make Amazon Pay! im Hole of Fame – Podiumsdiskussion –
15.11.2017	Vortrag & Diskussion: Anarchistisch im Kiez, organisierte Nachbarschaften @Platzda! (FAU)
16.11.2017 19:00 Uhr	im Internationalistischen Zentrum „DISRUPT! – Widerstand gegen den technologischen Angriff“
19.11.2017 16:00-17:00 Uhr	- Anarchistischer Hörfunk Dresden Thema: Überwachung mit einem Interview mit dem Capulcu Kollectiv - https://and.notraces.net/radio
24.11.2017	Block Black Friday // Make Amazon Pay https://makeamazonpay.org/
27. bis 30.12.2017	34C3 – 34. Chaos Communication Congress des CCC, in der Leipziger Messe in Leipzig.
01.12.2017	Workshop Briefeschreiben für Gefangene (ABC) - im malobo
06.12.2017	Offenes Branchentreffen der Bildungsbranche von der Bildungssektion FAU Dresden 20 Uhr @Kosmotique
15.12.2017	Workshop: “Bosses - how to get rid of them” - Hierarchien in Grupen auflösen (ABC) im malobeo
01.01.2018	Anarchistische Losungen in sächsische Gipfelbücher - Neujahrsklettern - Kontakt: akfreizeit@riseup.net

REGELMÄßIGE TERMINE

Jeder letzte Samstag des Monats 12:00 Uhr
- Offenes Treffen vom Anarchistischen Netzwerk Dresden

Jeder letzte Freitag & jeder zweite Sonntag des Monats
- Critical Mass in Dresden, Treffpunkt Skaterpark an der Lingnerallee

Das malobeo steht euch regelmäßig Montag bis Freitag von 14:00 bis 19:00 Uhr offen. Alle, die zum Lesen, Kaffeetrinken, Quatschen oder einfach nur rumhängen ohne Konsumzwang vorbei kommen wollen, sind herzlich willkommen. Der Bestand der Bibliothek, das W-Lan, die Computerarbeitsplätze sowie unsere Ohren stehen euch offen.
Regelmäßige Termine: jeden Dienstag ab 20:00 Küfa* & Kino und jeden Freitag ab 20:00 Küfa* & Wochenausklang (Vortrag/Diskussionsrunde oder Workshop)

Aufruf: Aktionswoche zur Unterstützung der Streikenden bei amazon

Block Blackfriday

Seit fast vier Jahren kämpfen Beschäftige bei Amazon für die Anerkennung ihrer Forderungen gegenüber der Unternehmensleitung. Längst geht es dabei nicht mehr nur um wenige Euro mehr Lohn, die ein Tarifvertrag absichern würde, sondern um krankmachende Arbeitsbedingungen, entwürdigende Kontrolle und die Respektlosigkeit des Managements.

Mit einer Aktionswoche rund um den Black Friday am 24.11.17 (Amazons internationalem Schnäppchen-Tag) wollen wir die kämpfenden Belegschaften unterstützen. Am Black Friday wollen wir die Wirkung vorweihnachtlicher Streiks durch die Blockade eines Amazon-Standorts verstärken. Das Innenstadt-Verteilzentrum im Berliner Kudamm-Karree garantiert eine Zustellung der dort lagernden Produkte innerhalb von zwei Stunden (für Prime-Kund*innen sogar innerhalb einer Stunde). Eine in den engen Seitenstraßen durchaus angreifbare Garantie! Solidarische Amazon-Kund*innen schicken in dieser Woche vermehrt (versandkostenfreie) Bestellungen ab und wieder zurück und legen den Retouren solidarische Botschaften an die Belegschaft bei. Weitere solidarische Aktivitäten sind zu erwarten.

Die Tyrannei der panoptischen Fabrik

Leistungsverdichtung und körperliche Langzeitschäden prägen die Arbeitssituation in den Amazon-Werken. Amazons lernende Lagersoftware gibt Tempo und Ablauf aller Arbeitsschritte vor und übernimmt damit die „Steuerung“ der Beschäftigten, die zu Werkzeugen reduziert werden: Sie erkennen Signale, scannen Waren, greifen, heben, schieben, laufen – 20 km pro Tag, 200 Päckchen jede Stunde. Algorithmen (Computerprogramme) erfassen zugleich alle Bewegungen, erstellen individuelle Leistungsprofile und errechnen Durchschnittsproduktivitäten – eine total-überwachende (panoptische) Fabrik, in der die permanente Erfassung und Bewertung zu psychischem Druck und Stress führt.

„Wir sind Maschinen, wir sind Roboter. Es ist, als würde man sich selbst an einen Scanner anschließen. Wir denken nicht selber. Vielleicht trauen sie uns es nicht zu, dass wir als menschliche Wesen denken können.“ (Amazon-Mitarbeiter, Wales)
Durch den immensen Fluss an Echtzeit-Daten kann Amazon die Leistung seiner Mitarbeiter bis ins Detail überwachen. Doch es kommen noch perfidere Methoden zum Einsatz: Per Feedback-App sind Mitarbeiter*innen dazu angehalten, sich permanent gegenseitig zu bewerten und anonym beim Chef anzuschwärzen. Intrigen sind an der Tagesordnung. Das „schlechteste“ Mitglied eines Teams droht am Jahresende ersetzt zu werden.

Zur Bekämpfung des überdurchschnittlich hohen Krankenstandes von bis zu 20% führte Amazon an einigen Standorten eine „Anwesenheitsprämie" ein – nicht für jede Mitarbeiter*in einzeln, sondern in Teambewertung. Abteilungen, die in der Summe weniger Krankheitstage auf dem Negativkonto haben, erhalten einen Bonus von 70-150 Euro je Mitarbeiter*in monatlich. Das ist nicht nur Gift für das Arbeitsklima. Es negiert auch Krankheit als normalen Bestandteil des (Arbeits-)Lebens, insbesondere in Folge einer monotonen und einseitigen Arbeitsbelastung.

Fremdbestimmung im digitalen Kapitalismus

Amazon ist stilprägend für ein neues Produktionsmodell, in dem intelligente Informationstechnologie zur effektiveren Unterwerfung menschlicher Arbeit genutzt wird, um neues Wachstum zu erreichen. Die „Industrie 4.0", die Mensch und Maschine zu einem weltweiten Produktionsprozess optimieren will, versucht die Art, wie wir arbeiten und leben, grundlegend zu verändern. Das betrifft nicht nur die klassische industrielle Produktion, sondern auch die Auslagerung einzelner Tätigkeiten auf sogenannte Crowdworking-Plattformen – letzteres ohne jegliche soziale Absicherung. Im smarten Kapitalismus werden alle Tätigkeiten kleinteilig in einzelne Arbeitspakete zerlegt und unter algorithmischer Regie optimiert und neu zusammengesetzt. Arbeit wird in dieser Form des „Neo-Taylorismus" weiter enteignet und entwertet.

Die gesteigerte Form der Fremdbestimmung macht bei Amazon nicht am „Werktor" Halt. Alle werden auch als Nutzer*innen eingebunden in den Prozess permanenter Bemessung und Bewertung – längst nicht mehr nur beim Online-Shopping. Insbesondere Amazons in vielen Diensten aktive künstliche Intelligenz zur Spracherkennung ist ausgelegt auf die Auswertung sämtlicher Lebensregungen. Mit Scoring-Ansätzen der ständigen Bewertung greift Amazon steuernd ein in unsere Informationsbeschaffung, unser Denken. Wollen wir unseren Gegenentwurf einer gesellschaftlichen Teilhabe in weitgehender Selbstbestimmung nicht aufgeben, müssen wir den Prozess der permanenten (Selbst-)Bemessung als Grundlage für (Fremd-)Steuerung angreifen.

Solidarisch gegen die „Arbeit 4.0"

Wir sollten die Kämpfe der picker und packer, die Beschäftigen in der Warenannahme, in Lager und Versand bei Amazon als politisches Feld mit wachsender Bedeutung begreifen. Digitale Techniken des Erfassens, Bewertens und Steuerns bestimmen immer mehr Arbeitsplätze. Das sich verändernde Arbeitsregime stellt eine neue Herausforderung für Arbeitskämpfe dar. Vielfach gibt es für die App-gesteuerten Arbeiter*innen nicht einmal mehr soziale Orte der Begegnung. Die neuen „Dienstboten auf Abruf" von Deliveroo und Foodora organisieren sich trotzdem europaweit und kämpfen aktuell, wie die Amazon-Streikenden, gegen eine algorithmische Verdichtung und Entwertung ihrer Arbeit und für Selbstbestimmung und gesunde Arbeitsbedingungen.

Weil Amazon als Vorreiter einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gelten kann, ist es notwendig, die Kämpfe der Beschäftigten wirksam zu unterstützen. Die Erfolge der Kolleginnen und Kollegen bei Amazon werden auch unsere Erfolge sein!



Das sagen die Leser_innen über das circle-a:*

"Wir sollten sie jetzt stoppen, bevor es zu spät ist!"
- Markus Ulbig

"Die Wahlergebnisse haben mich mehr geschockt als jeden Anderen, aber nachdem ich das circle-a gelesen habe, habe ich verstanden - es gibt noch Hoffnung für Sachsen, in den jüngeren Generationen. Es liegt keine Zukunft in der CDU, SPD oder in all den anderen Buchstaben des Alphabets. Offensichtlich ist Anarchie die einzige Lösung für unser Land!"
- Stanislaw Tillich

"I wouldn't believe that but they published my article in the last magazine on G20 protests without censorship!"
- Barack Obama

"Those anarchists rock!"
- Iggy Pop

"Macht definitiv mehr Spaß als die Bibel!"
- Jesus Christ

